

# epd medien

Frankfurt am Main ■ [www.epd.de](http://www.epd.de)

24. Juni 2002 **48**

## SONDERHEFT

### INHALT **Editorial**

Bittere Erkenntnis / *Von Thomas Schiller* ..... 2

### **Lüpsens Legende**

Ende einer Zwecklüge: das angebliche NS-Verbot des epd 1937  
*Von Volker Lilienthal* ..... 3

### **Viten**

August Hinderer ..... 25

Focko Lüpsen ..... 26

### **Dokumentation**

„Getroste Zuversicht“: epd-Leitartikel von Focko Lüpsen 1939 ..... 27

Weitere epd-Originaltexte aus den NS-Jahren ..... 28

Faksimile einer historischen epd-Ausgabe aus dem August 1940 ..... 30

epd-Lizenzurkunde der Britischen Militärregierung von Juli 1947 ..... 31

### **Interview**

„Schatten der Geschichte“:  
Interview mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Manfred Kock ..... 32

## Bittere Erkenntnis

Von Thomas Schiller

Der Evangelische Pressedienst (epd) muss die Darstellung seines eigenen Verbotes in der NS-Zeit revidieren. Die protestantische Nachrichtenagentur hat 1937 nicht ihre Arbeit einstellen müssen, wie dies bisher verbreitet worden ist. Vielmehr ist der epd-Korrespondenzdienst für die Tagespresse bis 1939 erschienen, für die Kirchenzeitungen sogar bis 1941. Die Einstellungen erfolgten offenbar nicht aus einem konkreten politischen Anlass, sondern wegen der Papierrationierung im Rahmen der NS-Kriegswirtschaft, die freilich mittelbar von den Nationalsozialisten zur Presselenkung und zur Begünstigung der Zeitungen von Staat und NSDAP genutzt worden ist. Die Behauptung, der epd sei in die Illegalität gedrängt worden, kann nicht mehr aufrechterhalten werden.

Hans Hafenbrack, mein Vorgänger als Chefredakteur der epd-Zentralredaktion, ist bei Recherchen zu einem Buch über die epd-Geschichte von 1910 bis heute auf die Legende gestoßen. Sie war vom früheren epd-Chefredakteur Focko Lüpsen benutzt worden, um bei der Britischen Militärregierung 1947 die Lizenz für die Wiederbegründung des Evangelischen Pressedienstes zu erhalten. Lüpsen legte in den Folgejahren die Grundlage für den modernen epd: eine Nachrichtenagentur mit zentraler und regionaler Berichterstattung sowie mit Diensten zur Fachinformation. Jahrzehntlang arbeiteten die Redaktionen mit der guten Gewissheit, in der Tradition eines Mediums beschäftigt zu sein, das von den Nationalsozialisten verboten worden sei. Dass dies nicht stimmt, ist für uns eine bittere Erkenntnis.

Die Verantwortlichen für den epd waren nach dem Hinweis Hafenbracks um eine rasche Klärung noch vor dem Abschluss seiner Arbeit bemüht. Die Chefredaktion hat Volker Lilienthal, der im Fachressort epd medien u.a. Pressethemen betreut, um eine punktuelle Recherche gebeten, deren journalistische Auswertung nach einjähriger Arbeit nun vorliegt. Das Ergebnis ist erschütternd: Hinweise auf eine deutliche Distanz des epd zum Regime lassen sich – jedenfalls aus heutiger Sicht – ebenso wenig erkennen wie mögliche Anlässe für ein Verbot. Die Berichterstattung des epd entsprach weitestgehend dem Duktus der NS-Propaganda. Dass das Gros der gleichgeschalteten

Presse auch nicht besser oder schlechter war, kann da nicht trösten.

Der damalige Träger des Evangelischen Pressedienstes, der „Evangelische Pressverband für Deutschland“ (EPD), hatte sich nach anfänglichen Repressalien, die 1933/1934 bis zur zeitweiligen Absetzung und Festnahme seines Direktors August Hinderer führten, bereits ab Mitte der 30er Jahre mit dem NS-Regime arrangiert und war zu einem Rädchen im Getriebe der Propaganda-Maschine des Joseph Goebbels geworden. Es lief aus Sicht der Nazis nicht immer wie geschmiert, aber es drehte sich mit – in Rudimenten sogar bis 1945. Das ist andernorts schon ausführlich beschrieben worden. In allen wissenschaftlichen Arbeiten und auch in den epd-eigenen Publikationen war aber bislang zu lesen, dass der epd 1937 sein Erscheinen einstellen musste.

Dies ist richtig zu stellen. Wir haben dabei an uns dieselben Maßstäbe angelegt, mit denen wir Dritte bemessen und beschrieben haben – zum Beispiel den Bertelsmann-Konzern und dessen Verhältnis zur Vergangenheit. Der epd hat mit seinem Entschluss, mit den Informationen in eigener Sache von sich aus an die Öffentlichkeit zu gehen, viel Unterstützung erfahren. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, erklärt: „Ich bin froh, dass der epd jetzt offen mit dem Schatten seiner Geschichte umgeht.“ Präsident Eckhart von Vietinghoff, der Verwaltungsratsvorsitzende des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP) – des Trägers der epd-Zentralredaktion – sagt: „Nur Klarheit und Transparenz schaffen Vertrauen. Das ist für einen Pressedienst der evangelischen Publizistik unerlässlich.“

Die vorliegenden Texte hat der epd mit Sorgfalt recherchiert und journalistisch aufgearbeitet. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht alle Fragen klären konnten – sei es, weil wichtige Motive für Entscheidungen nie verschriftlicht worden sind, weil die überlieferten Dokumente aus der Kriegszeit lückenhaft sind oder wichtige Zeitzeugen nicht mehr befragt werden können. Auch darf bei der evangelischen Kirche der damaligen Zeit, die aus der konservativen Tradition der kaiserzeitlichen Staatskirche kam, nicht das moralische und gesellschaftspolitische Selbstverständnis vorausgesetzt werden, an dem sich die Protestanten heute selbst messen.

### IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evang. Publizistik (GEP)  
gGmbH in Frankfurt am Main.  
GEP-Geschäftsführer:  
Jörg Bollmann

Chefredakteur der epd-Zentral-  
redaktion: Dr. Thomas Schiller  
Ressort epd medien:  
Uwe Kammann (verantwortlich),  
Dr. Volker Lilienthal (stv.),  
Gisela Zabka, Claus Morhart

Erscheinungsweise: zweimal  
wöchentlich. Monatsabonnement:  
61,- € inkl. MWSt, im Ausland  
exkl. MWSt zuzüglich Versand.  
Nachdruck nur mit Vertrag.  
Internet: www.epd.de/medien

Emil-von-Behring-Straße 3  
Briefe: Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 5 80 98-141  
Telefax (069) 5 80 98-261  
eMail: medien@epd.de

So lassen sich über die Motive Focko Lüpsens, die Legende des epd-Verbots in die Welt zu setzen und sie in zahlreichen eigenen Texten aufzugreifen, nur Vermutungen anstellen. Lüpsen, Jahrgang 1898, hatte seit 1933 als Chefredakteur den epd verantwortet. Nach der Kriegsgefangenschaft stand er 1946 mitten im Leben, konfrontiert mit einem Lizenzsystem der Alliierten, dessen baldiges Ende damals noch nicht abzusehen war.

Natürlich gab es auch innerkirchliche Vorbehalte gegen Lüpsen – und wohl auch gegen den epd. Lüpsen ergriff jedenfalls die Initiative, ohne es mit der Wahrheit genau zu nehmen, und wurde einer der einflussreichsten evangelischen Publizisten nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war nicht nur Chefredakteur des epd, sondern auch Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe. Er übernahm bis ins hohe Alter viele Funktionen, darunter die des Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen Zeitschrif-

tenverleger, des Sprechers des Deutschen Presserates und des Mitglieds im WDR-Rundfunkrat. Er wurde ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz und der Ehrenmitgliedschaft im Verband deutscher Zeitschriftenverleger. Er starb 1977.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen seinen unbestrittenen Verdiensten und seiner Legende? Bereits zwei Jahre nach der Wiedenzulassung des epd endete das Lizenzsystem. Alle Altverleger, die in der NS-Zeit gleichgeschaltete Blätter herausgegeben hatten, durften ihren Betrieb wieder aufnehmen. Lüpsen freilich war früher am Markt. Dieser zeitliche Vorsprung des epd hat sich auf lange Sicht relativiert. Hatte Lüpsen wirklich keine Wahl, als zu lügen? Die Beantwortung dieser Fragen und ihre Einordnung vor allem in die kirchengeschichtlichen Zusammenhänge sollte der weiteren Forschung vorbehalten bleiben.

## Lüpsens Legende

### Ende einer Zwecklüge: das angebliche NS-Verbot des epd 1937 / Von Volker Lilienthal

epd Das Jahr 1937 begann nicht gut für Focko Lüpsen. Am 4. März verweigerte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda dem epd-Chefredakteur, damals 38 Jahre alt, die beantragte „Zulassung zur Pressekonferenz der Reichsregierung aus grundsätzlichen Erwägungen“.

Offizielle Begründung: teilnahmeberechtigt seien nur „Schriftleiter der Tagespresse, der Korrespondenzen und einiger weniger politischer Zeitschriften“. Die Unterstreichung im Original deutet darauf hin, dass der epd als rein kirchliche Publikation galt und auch als Korrespondenz (was er tatsächlich war) nicht ernst genommen wurde.

An Reichspressekonferenzen teilnehmen zu dürfen wäre für den Journalisten Lüpsen, der in der Bismarckstraße in Berlin-Steglitz regelmäßig zwei Ausgaben des Evangelischen Pressedienstes (epd) redigierte, eine für die Tages- und eine für die Kirchenpresse, ein Vorteil gewesen, wenn auch ein zwiespältiger: Einerseits hätte er so das Ohr am NS-Regime gehabt und das Wenige mitbekommen, was dessen Propagandalenker mitteilen wollten; andererseits hätte Lüpsen so auch die täglichen Presseweisungen zur inhaltlichen Lenkung der Medien im Führerstaat mitbekommen und umsetzen müssen.

Mit seinem Antrag auf Zulassung war Lüpsen etwas zu früh gekommen. Erst im Sommer 1937 wurde von höchster Stelle, von Propagandaminister Goebbels nämlich entschieden, dass auch konfessionelle Organe als „politisch“ im Sinne des Schriftleitergesetzes zu gelten hätten; dies führte u.a. dazu, dass auch die bisher geduldeten „Schriftwalter“ von Kirchenblättern nun zwingend in der Berufsliste eingetragen sein mussten.

#### Inhaltskontrolle in den Redaktionen

Die damit verbundenen Voraussetzungen – nachgewiesene politische Zuverlässigkeit und eine „ordentliche“ Berufsausbildung – sorgten dafür, dass die Inhaltskontrolle in die Redaktionen selbst verlegt und eine Vorzensur so weitgehend überflüssig gemacht wurde. Die Kontrollinstanzen konnten bei Fehlverhalten immer noch nachträglich tätig werden und den in der Berufsliste namentlich benannten Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) ordnete am 29. Juli 1937 für „Kirchliche Informationsdienste, Rundschreiben usw.“ an, diese seien, „weil die Merkmale einer Einwirkung auf die öffentliche Meinung gegeben sind, (...) grundsätzlich als politische Zeitschriften

zu betrachten und zu behandeln; sie unterliegen also nicht nur den Bestimmungen des Reichskulturkammergesetzes und den Anordnungen der Reichspressekammer, sondern auch dem Schriftleitergesetz und seinen Durchführungsbestimmungen. Ich ersuche bei dieser Sachlage, alle Informationsdienste, Rundbriefe usw., für die nicht ein der Reichspressekammer angehörender Verleger und ein in die Berufsliste der Schriftleiter eingetragener verantwortlicher Schriftleiter zeichnen, umgehend zu verbieten."

*30. Juni 1937:* Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erklärt, dass die „im evangelisch-kirchlichen Raum erscheinenden Informationsdienste und Rundschreiben“ (also insbesondere der epd) „als politische Zeitschriften zu betrachten und zu behandeln“ seien.

*9. Juli 1937:* Der Reichsverband der evangelischen Presse erläutert dies seinen Mitgliedern: „Diese Entscheidung, dass alle Rundbriefe und Informationsdienste als politische Zeitschriften anzusehen sind, hat vor allem zur Folge, dass die Schriftleitung nur noch von einer in die Berufsliste beim Reichsverband der deutschen Presse eingetragenen Person geführt werden kann.“

Lüpsen, der nicht nur studierter Theologe und Doktor der Philosophie, sondern auch ausgebildeter Redakteur war – 1923 bis 1925 hatte er bei den „Flensburger Nachrichten“ gearbeitet –, war schon seit 1934 in die seither gesetzlich vorgeschriebene Berufsliste der „Schriftleiter“ eingetragen – insofern gab es in seinem Falle keinen Anlass für ein Verbot. Jetzt aber, im Jahre 1937 musste sich Lüpsen um eine Neueintragung bemühen. Dies betraf nicht ihn allein, weil er etwa als politisch unzuverlässig aufgefallen wäre, sondern alle Schriftleiter: Der zuständige Reichsverband der deutschen Presse (RDP), in dem Lüpsen schon seit 1925 Mitglied war, wollte „neue Schriftleiterausweise“ ausgeben und verlangte von seinen Mitgliedern einen erneuten Antrag.

An sich ein normaler Vorgang: Presseausweise müssen auch heute noch jährlich verlängert und nach sechs Jahren völlig neu ausgestellt werden. Für das NS-Regime wird Sinn und Zweck auch gewesen sein, die Berufsliste von „Karteileichen“ und „unzuverlässigen Elementen“, wie das damals hieß, zu säubern.

Am 10. März 1937, also knapp eine Woche, nachdem das Propagandaministerium Lüpsen nicht zur Reichspressekonferenz zugelassen hatte, richtet der RDP ein Formblatt an Lüpsen, aus dem hervorgeht, dass er sich nun zur Eintragung in die Kunstschriftleiterliste an-

gemeldet hat. Die Antragsteller sollten dem RDP melden, „ob Sie Mitglied der NSDAP (...) sind“, und Nachweise ihrer Tätigkeit als Kunstschriftleiter einreichen.

### „Verwilderung des Theaters in der Systemzeit“

Am 20. März 1937 schreibt Lüpsen an den RDP und bittet um eine Verlängerung der gesetzten Frist zur Einreichung, „da ich infolge eines Umzugs leider nicht die Möglichkeit habe, die erforderlichen Belege sofort zu beschaffen“. Der Verband verlängert bis zum 5. April. Mit viertägiger Verspätung reicht Lüpsen die „geforderten schriftlichen Nachweise über meine Arbeiten auf kunstkritischem Gebiet“ am 9. April ein. In einer beigefügten zweiseitigen Berufsvita weist er besonders auf einen Artikel „Parole: ‚Freiheit der Kunst!‘“ hin, der Aufschluss gebe „über meine grundsätzliche Stellung zur Kunstpolitik“, und betont zum Schluss: „Weitere Belege über meinen Kampf gegen die Verwilderung des Theaters in der Systemzeit, insbesondere gegen die religionsfeindlichen Strömungen, stehen zur Verfügung.“

Doch der RDP ist nicht zufrieden und moniert mit Datum 16. April, die eingereichten Kunst- und Buchbesprechungen stammten „fast alle aus der Zeit vor 1934“. Nötig seien aber „genügend Belege“ aus den Jahren 1934 bis '37. Die Sache sollte sich hinziehen. Eine weitere Nachforderung ist vom 12. November überliefert: „Ich benötige nunmehr anordnungsgemäß Ihren Ariernachweis...“

Mit Einschreibbrief Nr. 655, aufgegeben im Postamt Berlin-Zehlendorf 3, hat Lüpsen dem RDP am 10. Dezember 1937 nochmals etwas geschickt. Was, lässt sich nicht mehr rekonstruieren; nur der Einlieferungsschein ist erhalten. Da Lüpsen jedoch bis Mitte 1940 nachweislich aktiver Schriftleiter blieb und das epd-Impressum der vorgeschriebenen offiziellen Formulierung entsprach („Verantwortliche Schriftleitung: Dr. Focko Lüpsen“), ist anzunehmen, dass die beschriebenen Anerkennungsschwierigkeiten des Jahres 1937 am Ende überwunden wurden.

Dies geht eindeutig auch aus einer weiteren RDP-Postkarte an Lüpsen vom 22. November 1939, zwei Jahre später also, hervor. Darauf wird er gebeten, fehlende Angaben zu seinem Mitgliedskonto und seiner Karteikarte zu vervollständigen. Ein dritter Beleg beweist, dass Lüpsen, noch während er im Kriegsdienst war, sich beim Reichsverband der deutschen Presse jährlich zurückgemeldet hat, offenbar, um seine Anerkennung als Schriftleiter und Eintragung in die Berufsliste zu erhalten. Erhalten ist ein von Lüpsen unterzeichnetes RDP-Formblatt über „Brutto-Einnahmen aus schriftleiterischer Tätigkeit“

im Jahr 1942. Lüpsen gibt diese mit momentan null an. Weiter heißt es: „Bei der Wehrmacht seit: 27. 5. 1940. Einkommen während der Einberufung: 144.- monatlich.“ Unterschrift: „Dr. Focko Lüpsen“.

### 1937: der epd „in die Illegalität gedrängt“?

So weit schien alles seine Ordnung zu haben. Nach Ende von NS-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg aber erinnerte sich Lüpsen, der als epd-Lizenzträger, erster Nachkriegs-Chefredakteur und Verleger inzwischen zu neuen Ehren gekommen war, ganz anders. Im 1950 erschienenen „Kirchlichen Jahrbuch“ für 1949 schrieb er in einem Rückblick auf die dunklen Jahre: „Noch drei weitere Jahre hindurch (nach 1934, d.Red.) konnte innerhalb der Presseabteilung des EPD der Evangelische Pressedienst seine kirchliche Nachrichtengebung für den Bereich der Tagespresse fortsetzen, bis schließlich nach einer scharfen Auseinandersetzung des Chefredakteurs mit dem Fachschaftsleiter der Reichspressekammer ein Verbot verhängt und der epd in die Illegalität gedrängt wurde.“

Der epd-Chefredakteur, also Lüpsen, sollte sich mit dem Fachschaftsleiter der Reichspressekammer gestritten haben? Ein Unding, denn Fachschaftsleiter der evangelischen Presse war seit Dezember 1933 August Hinderer, der Direktor des Evangelischen Pressverbands für Deutschland (EPD – abgekürzt in Versalien im Gegensatz zum Agenturdienst epd, dem Evangelischen Pressedienst), sein direkter Vorgesetzter also, der in Personalunion dafür sorgte, dass die Kirchenpresse im NS-Staat einerseits fortbestehen konnte und andererseits propagandistisch auf Linie gehalten wurde. Hinderer und Lüpsen verband ein Vertrauensverhältnis. Konflikte, die zur Trennung geführt haben könnten, sind nicht bekannt.

Auch für die anderenorts geäußerte Behauptung, Lüpsen habe damals kurz vor dem Ausschluss aus der Reichspressekammer gestanden (was einem Berufsverbot gleichgekommen wäre), fanden sich in allen verfügbaren Archiven keine Beweise. Möglicherweise hat Lüpsen die Nichtzulassung zur Reichspressekonferenz in der Rückerinnerung zu einem Ausschluss aus der Reichspressekammer stilisiert und dies mit der Behauptung eines 1937 verhängten Erscheinungsverbots für den epd verquickt.

### Doch der epd erschien weiter

Diese Legende, in der Nachkriegszeit mit der Behauptung verbunden, der epd sei „den Nazis ein Dorn im Auge“ gewesen, muss inzwischen als widerlegt gelten. Denn die Erscheinungsfolge beider Ausgaben im angeblichen Verbotsjahr 1937 war regelmäßig. 24

Ausgaben sind allein für die rund 14-täglich erscheinende Ausgabe A (für die Tagespresse) nachgewiesen, vom 15. Januar 1937 bis 17. Dezember, Monat für Monat zwei Ausgaben, mit Ausnahme von nur einer im März und dreien im Oktober. Etwa wöchentlich erschien im selben Jahr auch die B-Ausgabe. Auch hier ist kein Verbot, und sei es auch nur vorübergehend, und keine Unterbrechung feststellbar.

Unter der ständigen Impressumsangabe „Verantwortliche Schriftleitung: Dr. Focko Lüpsen“ war der redaktionelle Inhalt von Jahrgang 1937 zudem nicht erkennbar neutral, geschweige denn regimekritisch, was beides ein Anlass zum Verbot hätte sein können. Im Gegenteil: immer wieder erschienen Beiträge, die im Einklang mit den Feindbildern von Partei und Staat standen, entsprachen der NS-Propaganda zur ideologischen Kriegsvorbereitung.

Am 11. Juni 1937 beispielsweise druckte der epd eine Beileidskundgebung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) für die Opfer eines „bolschewistischen Überfalls“ in spanischen Gewässern auf das Panzerschiff „Deutschland“. Für die Marine dankte Generaladmiral Raeder und schimpfte auf den „roten rechtswidrigen Luftangriff“.

Am 20. August 1937 war der Leitartikel „Hier schweigt Oxford“ überschrieben. Anlass der Kritik: die Weltkirchenkonferenz in der englischen Universitätsstadt hatte nicht gegen die angebliche Unterdrückung der Protestanten in Polen Stellung genommen. Zur Weltkirchenkonferenz wurde im November eine Entschließung „volksdeutscher“ Kirchen nachgeschoben: „Wir fordern Freihaltung der ökumenischen Bewegung von jeder Politik.“ Die Weltkirchenkonferenz sollte sich nicht in die deutschen Angelegenheiten einmischen.

Was „Kirchenkonflikt“ aus deutscher Sicht damals bedeutete, beschrieb der epd in der folgenden Nr. 31. Darin wurde behauptet, in der polnischen Ortschaft Tomaszow habe im Mai ein „Pogrom“ gegen Protestanten stattgefunden, zwei Deutsche seien dabei erschlagen worden. „Brennende Wunden. Von der Not der evangelischen Deutschen in Polen“, so der Titel des Beitrags, bei dem es sich um einen Vorabdruck aus einem gleichnamigen Buch handelt, das der mit dem EPD verbundene Eckart-Verlag herausgebracht hatte.

### Chefredakteur seit Ende 1933

Focko Lüpsen war 1933 Chefredakteur des epd geworden. Zuvor hatte er den Berliner epd-Dienst geleitet und war dann von Direktor August Hinderer (vgl. die Rezension seiner Biografie in epd 65/01) in die

Zentrale geholt worden. Sein Amtsantritt fiel in die Zeit nach der Machtübernahme der Nazis. Deutschland stand vor gewaltigen Umwälzungen und Gefährdungen, und das galt auch für den EPD.

Die neuen Machthaber griffen bald auch nach dem 1910 gegründeten Pressverband, der damals ein kräftiges Organ der kirchlichen Publizistik mit Presse-, Buch-, Film-, Rundfunk- und Bildungsabteilungen war. Am 24. Juni 1933 wurde der EPD durch eine Gruppe NS-treuer Deutscher Christen (DC) zusammen mit SA-Mannschaften besetzt und EPD-Direktor Hinderer für abgesetzt erklärt.

Die neuen Herren in der Beymestraße – der Privatdozent der Theologie, Hans Michael Müller, der Stadtverordnete Max Grevemeyer als „Kommissare“ sowie Pressepfarrer Herbert Propp als Geschäftsführer – erklärten den Mitarbeitern am 30. Juni, Direktor Hinderers Absetzung sei nicht durch Zweifel an seiner „wirtschaftlichen Führung“ begründet. Im Gegenteil, diese habe sich nach Überprüfung als „in jeder Beziehung einwandfrei“ herausgestellt. „Wenn eine Änderung in der Leitung dennoch vorgenommen wurde, so hat das darin seinen Grund, dass die grundlegenden Veränderungen in Volk, Staat und Kirche eine entsprechende Änderung in der Führung dieses bedeutungsvollen Betriebes notwendig machten. (...) Im Kampfe um die um unseres Volkes willen notwendige Erneuerung unserer Kirche stehen wir vom EPD in vorderster Front.“ Das Trio Müller/Grevemeyer/Propp war also gekommen, um den EPD gleichzuschalten. Ihre Regentschaft blieb aber ein Intermezzo. Gut drei Wochen nach der Besetzung, am 17. Juli 1933 konnte Hinderer seine Arbeit wieder aufnehmen.

*28. Februar 1933:* „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ (sog. Reichstagsbrandverordnung). Die Grundrechte, darunter auch Meinungs- und Pressefreiheit, werden außer Kraft gesetzt.

*13. März 1933:* Schaffung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, an dessen Spitze Joseph Goebbels in den folgenden zwölf Jahren die Gestaltung der deutschen Medien diktiert.

*12. Juli 1933:* Erlass der Reichspressekammer, wonach „die kirchlich-konfessionelle Presse nur die Aufgabe hat, die Angelegenheiten der Bekenntnisse in rein religiöser Beziehung zu behandeln, wobei jede Vermischung mit den Aufgaben der Tagespresse peinlich zu vermeiden ist“.

*22. September 1933:* Das Reichskulturkammergesetz wird erlassen. Es dient der Einbindung aller Kulturbereiche in das NS-Herrschaftssystem. „Nichtarische“ Beschäftigte aus Literatur, Presse, Rundfunk, Theater, Musik und den bildenden Künsten werden aus ihren Ämtern entfernt. *12. Dezember 1933:* Die konfessionelle Presse wird in einer Hauptfachschaft der Reichspressekammer zusammengefasst. Deren Leiter wird EPD-Direktor August Hinderer.

Im weiteren Jahresverlauf sucht Hinderer die Verständigung mit den neuen Machthabern – nicht zuletzt, um der bedrohten Kirchenpresse überhaupt einen Fortbestand zu ermöglichen. Der EPD-Direktor gründet den „Reichsverband der evangelischen Presse“. Dieser wird am 13. Dezember 1933 als Fachschaft in die Reichspressekammer eingegliedert und Hinderer zu ihrem Leiter bestimmt. Dies bedeutete einerseits Anerkennung und Existenzberechtigung, andererseits aber auch Unterwerfung und Einordnung in die begonnene Presselenkung der Nazis.

#### 1934: Der EPD-Direktor wird verhaftet

Das Jahr 1934 bringt für den EPD-Direktor, der als politisch unzuverlässig gilt, weswegen viele seine Ablösung betrieben, nochmals eine sehr gefährliche Situation. Am 26. Juni wird er verhaftet und in das SS-Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße eingeliefert. Die Verhaftung Hinderers wird in der Fachliteratur, so zum Beispiel bei Hinderers Biografin Simone Höckele, als das stärkste Argument dafür angeführt, dass seine NS-Gegnerschaft auch vom Regime selbst nicht als Kleinigkeit empfunden wurde – und bestraft werden sollte. Offenbar entging der EPD-Direktor dabei nur knapp dem Tode: Sechs Stunden, bevor die Massenerschießungen von SA-Führern und der konservativen Opposition begannen, kam Hinderer am 29. Juni auf Grund von politischen Interventionen seiner Freunde frei.

Es folgten noch viele größere und kleinere Intrigen und Repressalien gegen den EPD-Direktor, nicht nur von politischer Seite, sondern auch aus der evangelischen Kirche heraus, die aus der Tradition der kaiserzeitlichen Staatskirche heraus immer noch sehr konservativ geprägt war und sich in weiten Teilen mit dem NS-Staat arrangiert hatte – am exponiertesten in der Gruppierung der „Deutschen Christen“ (DC).

Das Jahr 1935 aber bringt eine gewisse Beruhigung. Das Dritte Reich scheint sich konsolidiert zu haben und will den „Kirchenkampf“ zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche endlich befrieden. Das hatte Folgen auch für den EPD. Im November

erhält Hinderer Post vom Reichskirchenausschuss: „Es ist uns daran gelegen, mit dem Evangelischen Pressverband für Deutschland vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Wir halten es für zweckmäßig, das Nähere mündlich zu erörtern, und bitten Herrn Professor D. Hinderer, sich wegen der Vereinbarung eines Termins (...) fermündlich in Verbindung zu setzen.“

Das Einigungsgespräch war offenbar fruchtbar. Einen Tag vor Weihnachten hatte Hinderer es schriftlich: Als Erste bekannte sich die Evangelische Kirche der altpreußischen Union eindeutig zu ihm als dem legitimen Direktor des Pressverbands. In einer offiziellen Erklärung des Landeskirchenausschusses vom 23. Dezember 1935 heißt es: „Mit der Wahrnehmung der Angelegenheiten der evangelischen Presse im Bereich der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union wird der Evangelische Pressverband für Deutschland (Leiter: Professor D. A. Hinderer) beauftragt. Er hat sich in ständiger Verbindung mit dem zuständigen Referenten des Landeskirchenausschusses zu halten.“

*1. Januar 1934:* Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 tritt in Kraft. Redakteure können nur noch Personen arischer Abstammung sein; auch dürfen sie nicht jüdisch verheiratet sein. Das NS-Regime verlangt zudem politische Zuverlässigkeit und eine einschlägige Berufsausbildung. Die Eintragung in die Schriftleiterliste ist zwingend.

*10. Juli 1934:* Das Kirchengesetz über die evangelische Presse tritt in Kraft, mit dem das evangelische Pressewesen der Amtskirche unterstellt wird und die bisherige Arbeit durch freie Presseverbände wie im EPD unmöglich gemacht wird: „§ 1. Das Evangelische Pressewesen wird, soweit es nicht der staatlichen Ordnung unterliegt, der Regelung durch die Deutsche Evangelische Kirche unterstellt.“

*6. November 1934:* Reichsinnenminister Wilhelm Frick erlässt nach „unangebrachten Berichten“ über Angelegenheiten der evangelischen Kirche die Anordnung, die Tagespresse dürfe „bis auf weiteres“ gar nicht mehr über die Kirche berichten, „ausgenommen amtliche Kundgebungen der Reichskirchenregierung“. Am folgenden Tag wird dieses Verbot durch ergänzenden Erlass auf die Kirchenpresse ausgedehnt, was zur faktischen Blockade kirchlicher Nachrichtendienste führt.

### 1935/36: Ende der Eigenständigkeit

Die dürre Verlautbarung bedeutete zum einen amtskirchliche Rückenstärkung für den bedrohten Hinderer und seinen EPD. Sie bedeutete aber auch das Ende der bisherigen Eigenständigkeit des EPD als Verband, der von der Amtskirche weitgehend unabhängig gewesen war. Nun hieß es, dass die Kirche den EPD beauftrage, was ihn zu einer Art Pressestelle machte, und dass sich Hinderer „in ständiger Verbindung zu halten“ habe.

Es war also eine lange Leine, an der man Hinderer weiterhin laufen ließ. Dennoch war es auch eine Art Ehrenerklärung für den zunehmend isolierten EPD-Direktor – der ahnend am 30. Dezember 1935 an die Geschäftspartner und Freunde des Verlags schreibt: „Auch im kommenden Jahr werden Entscheidungen an uns herantreten, für die wir bereit sein müssen.“

Die Zusammenarbeit der altpreußischen Union mit dem EPD vom 23. Dezember 1935 war nicht nur das Weihnachtsgeschenk einer einzelnen Landeskirche. Am 11. Februar 1936 erklärte selbst die DEK ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit – und zwar für beide Ämter, für die zuvor eine Ablösung gefordert worden war: für die Leitung des EPD und für den Vorsitz im Reichsverband der evangelischen Presse.

Allerdings war die plötzliche Unterstützung der Reichskirche nicht gratis zu haben. Beide Erklärungen, die wohl auf Vorabsprachen mit Hinderer zurückgingen und ihm dann brieflich zugestellt wurden, machten unmissverständlich deutlich, dass sich der EPD in den Dienst der Reichskirche zu stellen habe, dass er Wohlverhalten zeigen solle und dass er kontrolliert werden würde. Erstens heißt es, der Reichskirchenausschuss „beauftragt“ den EPD mit der Wahrnehmung der Interessen der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in der Presse. Zweitens wurde eine enge Anbindung verlangt: „Der Evangelische Pressverband für Deutschland hält sich hierzu in ständiger Verbindung mit den Organen des Reichskirchenausschusses.“

Das Jahr 1936 brachte gewissermaßen den Anschluss des EPD an die gleichgeschaltete Amtskirche. Mit der Einbindung des EPD in die DEK mussten die EPD-Publikationen der neuen nationalen Stimmung in Deutschland deutlichen Tribut zollen. Auch die überlieferten Jahrgänge des epd, der sich ab 1939 sogar zur Kriegsbegeisterung steigern sollte, geben davon Zeugnis. Jegliche Pressefreiheit war dahin. Im Weiteren zu beobachten ist ein dialektischer Prozess von äußerer Anpassung und inhaltlicher Radikalisierung.

### „Für Wünsche jederzeit zur Verfügung“

Gegenüber dem totalen Machtanspruch der Nazis suchte Hinderer Haltung zu wahren und signalisierte dennoch seine Dienstbereitschaft. Dies geht aus einem überlieferten Gesprächsvermerk aus dem Sommer 1937 hervor. Autor ist wahrscheinlich der Pressereferent im Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten, Karl Troeb, der NSDAP-Mitglied war und 1933 vorübergehend auch Schriftleiter beim „Völkischen Beobachter“ geworden war: „Am Freitag, den 4. Juni 1937 war Herr Professor D. Hinderer, der Leiter der evangelischen Fachschaft in der Reichspressekammer und Leiter des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland, nach Vereinbarung bei mir. Hinderer erklärte mir, dass er nichts Bestimmtes mit mir zu besprechen hätte; er habe nur das Gefühl, dass sich ‚eine Wolke des Misstrauens um ihn angesammelt hätte‘; es sei gut, von Zeit zu Zeit wieder einmal unmittelbar Fühlung zu nehmen. (...) Schließlich erklärte Hinderer erneut, dass er nicht in die Fronten der kirchenpolitischen Auseinandersetzungen sich begeben könne. Für Wünsche aber stehe er jederzeit zur Verfügung. (...) H. war im übrigen liebenswürdig wie immer. Dass er sich aus seiner Haltung heraus große Mühe gibt, ist auch nicht zu bezweifeln.“

Wie das Regime mit der Kirchenpresse umzugehen gedachte, geht aus einem Rundschreiben des Leiters des Reichsverbands der deutschen Presse (RDP), Wilhelm Weiß, hervor. Am 9. Juni 1938 weist er seine Verwaltung an, alle Anträge von „Schriftwaltern konfessioneller Zeitschriften“ ihm persönlich zur Genehmigung vorzulegen („nur noch durch mich“). „Entscheidungsreif“ seien die Anträge, die mit „Führungszeugnis“, mit politischen Gutachten der Partei und der Gestapo und einem Strafregisterauszug versehen seien.

Weiß beruft sich auf eine Vorgabe des Propagandaministeriums, die er wie folgt zitiert: „Es ist selbstverständlich, dass Anhänger der Bekenntnisfront und katholische Geistliche im allgemeinen vom Parteistandpunkt aus nicht als zuverlässig bezeichnet werden können. Solange aber eine Presse dieser Richtungen zugelassen wird, muss natürlich auch mit Schriftleitern aus diesem Lager vorlieb genommen werden.“

In die Schriftleiterliste aufgenommen zu werden bedeute „verschärfte Kontrolle und Bestrafungsmöglichkeit“, wird in dem Rundschreiben hervorgehoben. Ablehnungen der Eintragung dürften „nur wegen konkreten Verfehlungen, nicht aber wegen der allgemeinen Gesinnung“ erfolgen.

20. Januar 1938: Der Reichsverband der evangelischen Presse erinnert in einem Rundschreiben an die Regelung des Schriftleitergesetzes von 1934, das inzwischen mit Durchführungsbestimmungen verschärft worden ist: Alle Schriftleiter an „politischen“, also auch evangelischen Zeitschriften müssten unbedingt in der Berufsliste eingetragen sein. Nur für eine Übergangszeit, in der die Anträge zur Aufnahme geprüft würden, werde der Reichsverband der deutschen Presse die Weiterbeschäftigung nicht eingetragener Journalisten tolerieren.

### 1939/40: Zahlreiche Verbote gegen Kirchenpresse

„Verschärfte Kontrolle und Bestrafungsmöglichkeit“ – die Drohung ist deutlich und wurde im selben Jahr gegen andere evangelische Publikationen als den epd auch umgesetzt. In den Korrespondenzakten des Reichskirchenministeriums aus dem Zeitraum Mai bis August 1938 ist beispielsweise diese Bekanntmachung überliefert: „Das Sonntagsblatt für Minden und das Wesergebiet ist polizeilicherseits auf die Dauer von 3 Monaten verboten worden.“ Hintergrund: der Sonntagsblatt-Herausgeber Pfarrer Dedeker aus Minden hatte ein Flugblatt „Pfarrer Niemöller im Konzentrationslager“ verbreitet. Dies war ein Verstoß gegen die Presseanweisung, wonach über den „Schutzhäftling“ Niemöller nichts mehr berichtet werden durfte.

Am 31. August desselben Jahres drohte das Propagandaministerium der „Schriftwaltung“ der Deutsch-Evangelischen Korrespondenz, P. Walter Endesfelder in Berlin, ein Verbot an, weil der von ihm ins Blatt gehobene Artikel „Die Partei ist keine Kirche“ missfallen hatte. Endesfelder erfährt am 25. Februar 1939 nochmals einen „scharfen Verweis“, nachdem sie den NS-Lehrerbund kritisiert hatte.

In den pressebezogenen Hinterlassenschaften des „Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten“ – insgesamt zehn Akten, der gesamte Bestand ist leider nur lückenhaft erhalten – finden sich zahlreiche Zeitungsverbote und Verbotsandrohungen: schätzungsweise drei Dutzend. Der epd ist nicht darunter, nicht 1937, nicht davor und nicht danach.

Die feststellbaren Verbote und Androhungen gegen Kirchenzeitungen konzentrieren sich weniger auf Berliner Organe oder etwa christliche Fachzeitschriften als auf Sonntagsblätter in der Provinz. So auch am 23. November 1940, als das Propagandaministerium folgenden Verbotsantrag an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD richtet: „Das ‚Stader Sonntagsblatt‘ war von jeher ein Sprachrohr der Bekenntnisfront und des übernationalen Protestantischen

Weltverbandes und hat wiederholt zu Maßregelungen Anlass gegeben." Neuerliche Äußerungen in dem Blatt stellten eine „schwere Beleidigung für die deutschen Volksgenossen“ dar.

Es scheint, als sei in der Provinz, fernab der Reichshauptstadt, der Mut zur christlichen Selbstbehauptung gegen den totalen Geltungsanspruch des NS-Staates größer gewesen als in Berlin, wo auch der epd redigiert wurde. Das hatte seinen Grund wohl auch darin, dass das Wissen um die Grenzen des Sagbaren und die Empfindlichkeit der Zensoren in Westfalen oder Württemberg geringer war als in der Reichshauptstadt. Der epd scheint deshalb so weitgehend reibungslos funktioniert zu haben, weil er mit Hinderrers Geheimwissen in seiner Funktion als Leiter der Evangelischen Fachschaft in der Reichspressekammer stets „auf Linie“ gehalten werden konnte und so möglichen Konflikten vorbeugend aus dem Wege ging.

### Zweimal gerät der epd ins Visier

Zweimal gerät allerdings auch der epd ins Visier der Zensoren. Am 1. März 1939 ergeht die erste von zwei Maßregelungen des Evangelischen Pressedienstes. Es war ein Landesdienst, der bei den Zensoren in Berlin unangenehm aufgefallen war. Das Propagandaministerium schrieb an den „Evangelischen Pressverband für Nassau-Hessen in Frankfurt/M.“: „In Nr. 6/39 Ihrer Korrespondenz veröffentlichen Sie einen Artikel ‚Einem Vorläufer des Nationalsozialismus zum Gedächtnis‘, in welchem A. Stöcker als Vorläufer des Nationalsozialismus bezeichnet wird. Es ist unzulässig und irrig, die antisemitische Haltung des ehemaligen Hofpredigers Stöcker, deren Grundlage nicht die Rasse, sondern die Konfession war, als nationalsozialistisch zu bezeichnen. Ich spreche Ihnen daher meine Missbilligung aus und ersuche, in Zukunft sorgfältiger zu verfahren.“

Der zweite Vorfall ereignete sich im Sommer 1940 unter der verantwortlichen Schriftleitung von Kurt Böhme, der nach dem kriegsbedingten Ausscheiden Lüpsens dessen Vertretung übernommen hatte. Das „Evangelische Gemeindeblatt für die badischen Städte“ hatte in seiner Nr. 26 vom 30. Juni den an sich kriegsbejahenden epd-Artikel „Nun danket alle Gott“ nachgedruckt, dabei aber eine wesentliche Zeile, die das hunderttausendfache Sterben deutscher Soldaten in Frankreich eindeutig dem Ersten Weltkrieg („Verdun“) zugeordnet hatte, weggelassen.

Das „Gemeindeblatt“, das in einer Auflage von 45.600 Exemplaren erschien und dessen Schriftleiter Kurt Böhme in Berlin-Steglitz war (er war an die Stelle des Pfarrers Helmut Meerwein getreten, der wegen „poli-

tischer Unzuverlässigkeit“ aus der Reichspressekammer ausgeschlossen worden war), sollte deshalb verboten werden: „Der Satz ‚Das Blut von 400.000 deutschen Soldaten floss‘ erweckt den Eindruck, als ob bei der Schlacht in Frankreich (gemeint ist die damals aktuelle Besetzung des Landes im Zweiten Weltkrieg, d. Red.) 400.000 deutsche Soldaten gefallen seien. Dieser Satz ist geeignet, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und gleichzeitig der Feindpropaganda Vorschub zu leisten. Er beweist einen Mangel an Takt und an Urteilsfähigkeit, der nicht mehr überboten werden kann. Eine Zeitschrift, der eine derartige unkontrollierte Feststellung unterläuft, hat keine Existenzberechtigung mehr“, teilte das Propagandaministerium am 2. August 1940 dem für Presseverbote zuständigen Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin mit.

Der Evangelische Oberkirchenrat in Karlsruhe versuchte zu retten, was zu retten war: Den epd-Hauptschriftleiter i.V. Böhme, der hier einen Artikel aus dem Berliner Pressedienst noch mal in einem Provinzblatt hatte abdrucken lassen, sprach der Oberkirchenrat brieflich am 23. August 1940 von jeder Schuld frei. Es habe sich um das Versehen einer Sekretärin beim Abschreiben gehandelt: Durch Weglassung des Verweises auf Verdun sei der Eindruck entstanden, als solle behauptet werden, beim aktuellen Frankreichfeldzug seien 400.000 deutsche Soldaten umgekommen. Doch es half nichts: Am 27. August verbot der Chef der Sicherheitspolizei und des SD das badische Gemeindeblatt endgültig.

Zweimal also ist der epd dem Propagandaministerium unangenehm aufgefallen, und beide Male verläuft die Sache, zumindest für seine Redakteure, glimpflich. Der epd-Landesdienst in Frankfurt/Main wird lediglich verwarnet. Das badische Kirchenblatt wird zwar verboten, doch wird die Verantwortung auf eine Sekretärin abgeschoben. Der epd also ist „nicht schuld“: Sein Schriftleiter Böhme darf weiterarbeiten, und er tut dies mit dem Pressedienst noch bis Mai 1941.

### Die Chance zum Überwintern: verpasst

In der Berliner Staatsbibliothek Unter den Linden, aber auch im Archiv des Diakonischen Werkes haben die Jahrgangsbände des epd bis 1941 den Krieg überdauert. Diese Spuren zeigen heute: der epd war gleichgeschaltet, und es gab keine durchgängige Distanz zum Regime, die sich aus christlichem Glauben gespeist hätte. Der epd leistete die Propaganda, die verlangt war, und steigerte sich dabei bis zur Kriegsschwärmerei. Er rechtfertigte das millionenfache Sterben auf den Schlachtfeldern.

Hauptsächlich also verhielt sich der epd linientreu, seine Artikel entsprachen der vorgegebenen Propaganda. Aber musste sich der epd wirklich in die Nähe zur NS-Ideologie begeben und propagandistisch tönen wie die gewöhnliche gleichgeschaltete Presse jener Jahre? Sowohl aus religiös-publizistischer wie sogar aus staatlicher Sicht muss das verneint werden. Selbst die Nazis wollten zumindest bis 1939 nicht, dass sich die Kirchenpresse derart in die Politik einmischte. So erging beispielsweise am 12. Juli 1935 eine Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer, Max Amann: „Die Behandlung politischer Fragen oder die Stellungnahme dazu ist nicht Aufgabe der kirchlich-konfessionellen Presse. Aus diesem Grund hat sie die Veröffentlichung derartiger Beiträge (...) ab sofort zu unterlassen.“

*24. April 1935:* Der Präsident der Reichspressekammer, Max Amann, erlässt die „Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens“ mit dem Ziel, das öffentliche Leben zu entkonfessionalisieren.

*12. Juli 1935:* Amann ordnet die politische Enthaltensamkeit der Kirchenpresse an: „Die Behandlung politischer Fragen oder die Stellungnahme dazu ist nicht Aufgabe der kirchlich-konfessionellen Presse. Aus diesem Grund hat sie die Veröffentlichung derartiger Beiträge (...) ab sofort zu unterlassen.“

*17. Februar 1936:* Erlass über die „Gestaltung der kirchlich-konfessionellen Presse“ mit einer Aufgabenabgrenzung zur Tagespresse: Inhaltlich soll die kirchlich-konfessionelle Presse „die Angelegenheiten der Bekenntnisse in rein religiöser Beziehung behandeln“.

Wirtschaftlich fordert der Präsident der Reichspressekammer, Max Amann, eine Selbstbeschränkung bei der Aufnahme von Anzeigen. Geschützt werden solle die „politische Presse im nationalsozialistischen Staat“, deren wirtschaftliche Grundlage ein ausreichender Anzeigenteil sei.

*25. November 1936:* Der Reichsverband der evangelischen Presse stellt klar, dass die Behauptung, „evangelisch-kirchliche Blätter dürften in Zukunft keine Anzeigen mehr aufnehmen und Anzeigenwerbung treiben“, unwahr sei. Tatsächlich gelte für sie „lediglich die selbstverständliche Pflicht, solche Anzeigen, die mit der Würde eines Kirchenblattes unvereinbar sind, abzulehnen“. Der Anzeigenumfang solle nicht ausgedehnt werden, um das „berechtigte Interesse der Tagespresse“ nicht zu tangieren.

Ein weiterer Erlass über die „Gestaltung der kirchlich-konfessionellen Presse“ erging am 17. Februar 1936. Dessen inhaltlichen Aspekt gab epd-Chefredakteur Focko Lüpsen in der Nachkriegszeit – sachlich richtig – wie folgt wieder: „Darin wurde die kirchlich-konfessionelle Presse erneut an ihre Aufgabe erinnert, ‚die Angelegenheiten der Bekenntnisse in rein religiöser Beziehung zu behandeln‘, wobei jede Vermischung mit den Aufgaben der Tagespresse peinlich zu vermeiden sei.“

Lüpsen kritisiert dies als „Zwangsjacke“, obwohl diese NS-Vorgabe doch eine Chance gewesen wäre, sich legitimerweise aus einer ganz und gar unchristlichen Politik herauszuhalten und den epd insofern sauber zu halten. Die Beschränkung auf die Wesentlichkeiten von Glauben und Kirche wäre eine Form anständigen „Überwinterns“ gewesen, hätte einen Rest von Freiheit gewährleistet. Da die epd-Redaktion dennoch auch politisch mitreden wollte, muss angenommen werden, sie habe in ihrer Berichterstattung zumindest einigen Vorhaben des NS-Regimes zugestimmt, diese also publizistisch bewusst mitgetragen.

#### Widerstandsarbeit in „fliegenden Büros“?

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass es Lüpsen beim Aufstellen der Verbotsschleife in der Nachkriegszeit darum ging, Spuren zu verwischen – Spuren, die ihm nach dem Ende des Hitler-Regimes unangenehm sein mussten und die seine begonnene neue Karriere hätten behindern können. Lüpsen ging so weit, sich zum Widerständler zu stilisieren. Er selbst habe, so schrieb er später, an der Untergrund-Publizistik der Bekennenden Kirche mitgewirkt, in „fliegenden Büros“, um sich rasch dem Zugriff der Gestapo entziehen zu können. Es habe Drucker gegeben, „die ihre Existenz aufs Spiel setzten“. Die hergestellten „Massenaufgaben“ der subversiven Rundbriefe und Flugblätter seien „bis in entlegene Gemeinden“ gelangt, will Lüpsen glaubhaft machen. Belege und Zitate dafür bleibt er schuldig.

Der 1911 geborene Zeitzeuge Wolf-Dieter Zimmermann, der als junger Mann und Schüler Dietrich Bonhoeffers tatsächlich an der Untergrund-Publizistik der Bekennenden Kirche mitgewirkt hat und deshalb 1937 zweimal festgenommen wurde, hat Lüpsen in dieser Zeit erlebt. Er erinnert sich noch klar an die damaligen Verhältnisse und hält Lüpsens Eigenlob, er habe in der Illegalität für eine freie Kirche und gegen die Nazis gearbeitet, aus mehreren Gründen für unglaubwürdig.

In den 30er Jahren ist Zimmermann mehrfach mit Lüpsen zusammengetroffen und hat mit ihm auch über die kirchenpolitische Lage gesprochen: „Ich hab ihn

öfters gefragt danach. Er war ausgesprochen ängstlich und angepasst und wollte eigentlich nicht belastet werden und war sehr vorsichtig, wenn irgendwo eine Begegnung mit fixierten Leuten der Bekennenden Kirche [anstand]. Er war freundlich, aber [machte deutlich:] es ist nicht mein Gebiet, das will ich nicht. Man merkte ihm so richtig die Distanzierung an. Aber ich hab ihn ja überhaupt kennen gelernt als einen etwas vorsichtigen, bescheidenen, zurückhaltenden, ängstlichen, um nicht zu sagen hilflosen Mann."

Für die Bekennende Kirche, wie von Lüpsen behauptet, habe der epd-Chefredakteur „garantiert nicht" gearbeitet, schätzt Zimmermann, heute 90 Jahre alt, ein. Für unglaublich hält er auch die Lüpsen-Darstellung „fliegender Büros", die sich der Gestapo entzogen hätten.

### „Widerstand zwischen den Zeilen"?

Außer der Untergrund-Publizistik hat Lüpsen in der Nachkriegszeit für sich und den epd eine Art „Widerstand zwischen den Zeilen" reklamiert. Selbst völkische und kriegerische Ausfälle seien von den sensiblen Lesern als camouflierte Kritik erkannt worden. Leider lassen sich bei der heutigen Lektüre der alten epd-Dienste nur wenige Textbeispiele anführen, die dafür sprechen. Vorsichtige Distanzierung vom Kurs in Kirche und Staat konnte allenfalls bei der Erörterung von Glaubensfragen riskiert werden. In diesem Sinne herausragend ist ein in Briefform gehaltener Aufsatz des Theologen Kurt Hutten: „Und nicht anders ist es mit der weitverbreiteten Meinung: die Entdeckung der Rassen habe dem christlichen Glauben den Boden entzogen. Wieso denn? (...) Die rassische Erkenntnis hat bedeutungsvolle neue Seiten und Zusammenhänge des menschlichen Daseins entdeckt. Aber das Verhältnis des Menschen zu Gott in Ordnung zu bringen, das ist weder ihre Absicht, noch läge es in ihrer Macht."

Glaubensfragen wie diese wurden in der Ausgabe B für die kirchlichen Blätter auf den hinteren Seiten abgehandelt, wo auch die regelmäßige Sonntagsbetrachtung ihren Platz hatte. Weiter vorn aber brachte der epd Nachrichten aus dem Alltag im Deutschen Reich, so die Aufmachermeldung über kirchliche „Zusammenarbeit mit dem Winterhilfswerk" am 15. Februar 1939. Unter der zustimmenden Überschrift „Sie hielten zum Volk" wurde weiter hinten in dieser Ausgabe über die NSDAP-Mitgliedschaft von Pastoren berichtet.

### Huldigungen an den Führer

Regelmäßige Huldigungen des „Führers" waren Pflichtübungen in jenen Jahren. Am 20. April 1939 beging Hitler seinen 50. Geburtstag. Natürlich musste dieses Jubiläum vom epd wie von der gesamten Presse in besonderer Ausführlichkeit gefeiert werden. Schon am 4. April erging sich der Braunschweiger Landesbischof Dr. Helmuth Johnsen auf drei Seiten zum Fünfzigsten des Führers. Doch nicht genug damit: noch 12 weitere Seiten wurden mit Ehrerbietungen der verschiedensten Art gefüllt. Diese Texte blieben ungezeichnet.

In der redaktionellen Mischung des epd ist es allenfalls die Kurzmeldung, die noch etwas ahnen lässt von Unterdrückung und Entrechtung in Deutschland, so am 8. Februar 1939: „Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 sind die christlichen Vereine junger Männer (CVJM) von Dresden, Plauen, Leipzig, Chemnitz, Zittau, Zwickau und Burgstädt aufgelöst und verboten worden. Das Vermögen wurde zur Liquidation freigegeben."

*13. August 1937:* Reichspressekammerpräsident Amann erinnert an seine Anordnung vom Februar 1936, die evangelische Presse solle sich „Zurückhaltung" bei der Aufnahme von Anzeigen auferlegen: „Die in der letzten Zeit durchgeführte Prüfung hat nun gezeigt, dass ein Teil der evangelischen Blätter glaubt, meine Anweisungen unbeachtet lassen zu können." Amann droht, dass bei weiterer Zuwiderhandlung „für die Gesamtheit der evangelischen Presse eine weitgehende Beschränkung der Anzeigenaufnahme" verfügt werden müsste.

*20. August 1937:* Der Reichsverband der evangelischen Presse konkretisiert, was an Werbung „mit der Würde eines Kirchenblattes unvereinbar" sei.

Reklame für „lästige Haare" und „verdauungsfördernde Präparate", vor allem auch Anzeigen mit „Büstenhalterbildern" hätten in einem Kirchenblatt nichts zu suchen. Die Verhältnismäßigkeit zwischen Redaktion und Reklame sei „weit überschritten, wenn der Anzeigenteil (...) im Umfang dem Textteil nahezu gleichkam."

Selbst wenn die epd-Redakteure, als sie diese Nachricht erfuhren, mit Entsetzen reagiert haben sollten: eine kritische Stellungnahme dazu war ihnen verboten, hätte Strafverfolgung nach sich gezogen. Zwar brauchte der NS-Staat die Kirchen immer noch, um seine Herrschaft auch im gläubigen Bevölkerungsteil zu befestigen, und die evangelischen Institutionen (so auch der epd) stellten sich bereitwillig in seinen Dienst.

### Kirche: aus dem öffentlichen Leben verdrängt

Andererseits aber wurde die Kirche von den Nazis radikal aus dem öffentlichen Leben verdrängt, was aber im epd nur in Form von Kurzmeldungen aufscheint, so z.B. am 7. Juni 1939: „Der Reichssender Berlin hat, wie kürzlich die Sender Königsberg, Danzig, Breslau, die kirchlichen Morgenfeiern eingestellt.“ Zur „Vermeidung von Reibungen zwischen Kirche, Schule und Staatsjugend“ wurde im selben Monat für das Saarland verfügt, dass dort die meisten Nachmittage für Schule und „Staatsjugend“ zu reservieren seien: „Demzufolge ist der gesamte kirchliche Unterricht auf den Dienstag- und Freitagnachmittag zusammengelegt“, so der epd.

Etwas harmloser scheint diese Mitteilung: „Musikkorps der Wehrmacht dürfen an Veranstaltungen, Konzerten u.s.w. konfessionell gebundener Verbände und Vereine mit Rücksicht auf die überkonfessionelle Stellung der Wehrmacht nicht teilnehmen.“ Im August wird unter Berufung auf den „Völkischen Beobachter“ der NSDAP gemeldet, dass die konfessionellen Schulen Berlins nun in die Gemeinschaftsschulen des Staates integriert werden. Die Universität Tübingen ordnet ihre Fakultäten neu und macht die beiden theologischen (evangelisch bzw. katholisch) auf Platz 5 und 6 zu Schlusslichtern der neuen Hierarchie. Die frühere Ordnung „nach der Bedeutung“ finde „heutzutage kein Verständnis“ mehr, so wird der Rektor zitiert.

### Antisemitische Anklänge im epd

Der epd jener Jahre war kein „Stürmer“. Expliziter Antisemitismus findet sich nicht auf seinen Seiten. Das aber bedeutet nicht, der Judenhass habe gar keine Spuren im epd hinterlassen. Der Jahrgang 1938 beispielsweise wurde eröffnet mit einem Zitat des Landesbischofs von Bayern, der schon 1926 Mischehen zwischen „Deutschstämmigen“ und Juden missbilligt habe, weil dies nur zu „rassisch unterwertiger Mischlingsbildung“ führe. In einer Aufmachermeldung protestiert der epd am 18. November desselben Jahres „gegen die judenfreundliche Haltung amerikanischer Kirchenführer“. Seit der „Reichskristallnacht“ am 9./10. November mit ihren antisemitischen Aus-

schreitungen in ganz Deutschland war gerade eine Woche vergangen.

Im Februar 1939 wurde in einer kurzen Meldung der Vortrag eines „Theologen über die jüdische Rassen-geschichte“ gewürdigt. Im März dann meldet der epd, dass die „Gesetze über die kirchliche Stellung der Juden“ nach Thüringen nun auch in Sachsen, Mecklenburg und Anhalt in Kraft seien. Dies bedeute, dass Juden nicht mehr Kirchenmitglieder werden könnten und Amtshandlungen an ihnen verboten seien. Ernste Konsequenz: Der Rettungsweg der Assimilation, also des Übertritts zum christlichen Glauben, war den Juden damit versperrt.

Mitte desselben Monats meldet die Ausgabe B für die kirchliche Presse: „Steuervergünstigungen für die Judenmission nicht gerechtfertigt.“ Es handelt sich um ein Zitat aus der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“, wonach die Judenmission „unter Umständen sogar einmal schädlich sein (könnte), nämlich dann, wenn etwa im einzelnen Fall die Taufe eines Juden dazu benutzt werden sollte, um seine minderrassische Abstammung zu verschleiern.“

Die Juden wurden drangsaliert und vertrieben (bevor später die Vernichtung begann), doch die christliche Kirche blieb beschäftigt mit ihnen: Im Mai berichtet der epd über die Gründung eines „Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses“ mit dem Zweck der „Entjudung des Christentums“.

Was daraus praktisch zu folgen habe, erläutert der epd wenig später, am 24. Mai 1939. Unter der Überschrift „Ein verhängnisvoller Irrtum“ wird Mathilde Ludendorff, die Begründerin des „Bundes für Gotterkenntnis“, mit der Aussage zitiert, das Christentum sei leider „projüdisch“ und dem müsse begegnet werden.

Wie am besten, darüber informierte der epd am 17. Mai unter Berufung auf eine Erklärung des Thüringer Landeskirchenrats zu Kindergottesdienst und Konfirmandenunterricht, die zur Voraussetzung hätten, so der epd, „dass keine religiöse Unterweisung in irgendwelchen Gegensatz zur nationalsozialistischen Weltanschauung führen dürfe. Deshalb müsse der Religionsunterricht die klare Erkenntnis des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Christentum und Judentum zur Grundlage haben.“ (Unterstreichungen im Original.)

### März 1939: Die Zeichen auf Krieg

Die Zeichen stehen 1939 längst auf Krieg, dem sich der epd nicht entgegensetzt. Zwar wendet er sich am 15. März 1939 – wiederum in Form eines Zitats –

„gegen den Missbrauch der Religion zur Rüstungspropaganda“. Gemeint war damit aber „die zum Krieg treibende Politik des Präsidenten Roosevelt“, von der sich inzwischen auch die amerikanische lutherische Kirche distanzieren, wie der epd unter Berufung auf deren „Kirchenblatt“ sowie den „Lutherischen Herold“ und den „Lutheran Companion“ behauptet.

„Lutherische Kirchen rücken von Roosevelt ab“ heißt es nochmals am 19. April. Wieder zitiert der epd aus amerikanischen Blättern Wortmeldungen gegen eine angebliche „Kriegshetze“ von Präsident Roosevelt, setzt aber auch die interessante systemkonforme Eigenbemerkung hinzu: „Auch in anderen Blättern finden sich Äußerungen darüber, dass die Gründe, mit denen man gegen die autoritären Staaten (also z.B. NS-Deutschland, d.Red.) hetzt, innerlich unwahr seien.“

Die Auslandsberichterstattung des epd widmet sich in jener Zeit mehrfach dem Spanischen Bürgerkrieg und begrüßt die Niederlage der Linken sowie den Sieg der Falangisten unter General Franco. Am 9. Februar 1939 berichtet ein Pfarrer Mohr auf zwei Seiten aus dem „Nationalen Spanien“ und über den „Neuen Anfang in Barcelona“, wo Gotteshäuser, die von den ‚Roten‘ zerstört worden seien, wieder hergerichtet würden. Derselbe Beitrag war schon einen Tag zuvor auch in der Ausgabe B erschienen und dort mit einer redaktionellen Vorbemerkung u.a. über die „rote Schreckensherrschaft“ und das „Nationale Spanien“ versehen worden.

Spanien ist für die Redaktion in Berlin ein großes Thema. Im Juli bringt der epd einen vierseitigen Vorabdruck von Pfarrer Karl Keding: „Aus dem spanischen Kriegstagebuch eines Feldgeistlichen“. Eine redaktionelle Nachbemerkung auf Seite 13 lautet: „Der Artikel ist durch die Pressegruppe des Reichsministers der Luftfahrt freigegeben.“ Die evangelischen Sonntagszeitungen in der Provinz, denen der epd sein Material lieferte, wussten damit: Nachdruck politisch unbedenklich.

Am 15. März 1939 hat die deutsche Wehrmacht die Tschechoslowakei besetzt, am nächsten Tag werden die „Reichsprotektorate“ Böhmen und Mähren ausgerufen, am 23. März muss Litauen das Memelgebiet an das Deutsche Reich abtreten. Der epd jubelt die Eroberungen in ihrer kirchenpolitischen Dimension. „Heimkehr ins Reich“ auch für die Kirchen im Memel- und Sudetenland, in Böhmen und Mähren – das ist der Inhalt von zahlreichen epd-Artikeln in den nächsten Wochen. „Im Zeichen des Protektorats werden sie (die dortigen Heimatkirchen, d.Red.) zu neuer Blüte kom-

men“, wird Pfarrer Lic. Dr. Johannes Pfeiffer im epd zitiert.

### „Polenausschreitungen in deutscher Kirche“

Am 17. Mai 1939 berichtete epd über „Polenausschreitungen in deutscher Kirche“. „Polnischer Chauvinismus“ störe deutsche Gottesdienste – wie so oft auch hier im Indikativ, als wäre der epd-Autor selbst Augenzeuge gewesen. Am 31. Mai 1939 wurde diese Kurzmeldung nachgelegt: „In Kattowitz kam es, wie schon in anderen deutschen Gemeinden Ostoberschlesiens, wieder zu skandalösen Störungen deutscher Gottesdienste durch die Polen. Der Kampf gegen die deutsche evangelische Kirche, die dort allzeit entschieden für die Sache des deutschen Volkstums eingetreten ist, nimmt immer schärfere Formen an.“

Die antipolnische Propaganda im epd in jenem Mai 1939 kam nicht von ungefähr. Als Mittel der Kriegsvorbereitung war sie von der Presse in zahlreichen Anweisungen des Propagandaministeriums verlangt worden. Wenige Jahre zuvor hätte der epd noch die Freiheit gehabt, sich aus der Politik herauszuhalten und sich ganz aufs Innerkirchliche und Religiöse zu beschränken, wie dies sogar die Nazis verlangt hatten. Mit Beginn des Kriegsjahres 1939 aber war es auch der kirchlichen Presse nicht mehr erlaubt, in einem rein religiösen Refugium abseits zu stehen.

Der Krieg rückt näher. Im Sommer lehnt August Marahrens, Landesbischof von Hannover, die Einladung des Bischofs von Canterbury zu einem gemeinsamen Friedensgebet ab. Der epd meldet dies in großer Aufmerksamkeit am 7. Juni.

Wie es gehen kann, wenn die aus deutscher Sicht richtigen oder falschen Herren regieren, demonstriert der epd am 21. Juni 1939 mit der gegenüberstellenden Formulierung von zwei Schlagzeilen auf Seite 1: „In Spanien: Wiederaufbau“ / „In Polen: Unterdrückung“. Für Deutschland werden in derselben Ausgabe die Erfolge der Inneren Mission in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld herausgestrichen: 1938 seien dort „2478 Epileptiker, 1491 Geistes- und Gemütskranke, 658 Nervenschwache, 983 Erziehungsbedürftige, 76 Alkoholiker, 1809 Wanderer“ betreut worden.

Und dann die gute Nachricht, systemkonform: „Die Zahl der letztgenannten (also der „Wanderer“, d.Red.) ist seit dem erfolgreichen Kampf des dritten Reiches gegen das Wander- u. Bettelwesen ständig im starken Abgang begriffen.“ Wie bekannt, sollte Bethel schon im nächsten Jahr „Abgänge“ ganz anderer Art erleben. Mitte April 1940 werden die ersten Kranken aus

Bethel abtransportiert: Der NS-Apparat beginnt mit seiner „Euthanasie“, der Tausende von Bodelschwinghs Schützlingen zum Opfer fallen werden. Pastor Fritz von Bodelschwingh hatte gegen die Vernichtung „unwerten Lebens“ gekämpft, doch letztlich vergeblich.

### „Polnischer Wahnsinn tobt weiter“

„Terror ohne Ende“ gegen Deutsche wird am 19. Juli 1939 wiederum aus Polen gemeldet und nochmals am 9. August: „Polnischer Wahnsinn tobt weiter“. Was zu geschehen hat, der epd signalisiert es in derselben Ausgabe mit dem Abdruck eines „Briefes aus dem Osten“ über eine „Fahrt ins Ordenland“, den ein Friedrich Christlieb an einen „verehrten lieben Herrn Doktor“ geschrieben habe: „Still und breit leuchtet das silberne Band des Weichselstromes. Ein einziger kleiner Schleppzug geht mühsam gegen den Strom – nach Polen! Sonst ist auf diesem Riesenstrom nicht ein einziges Fahrzeug zu sehen! Jenseits aber des Stromes liegt ein anderes Ufer, liegen die erterschweren Wälder – deutscher Strom, deutsches Land, deutscher Wald! Aber es ist alles abgerissen von der Heimat, losgetrennt durch sinnlose Grenze, zerschlagen und blutend! Der stolze Strom ist verodet, deutsches Land unter polnischer Herrschaft, deutsches Blut fern der Heimat!“ (Unterstreichungen im Original.)

Nur 17 Tage später, am 26. August erfolgt die deutsche Mobilmachung. Am 1. September beginnt der Angriff auf Polen. Die Deutsche Evangelische Kirche stellt sich sogleich hinter Hitler und erklärt am 2. September: „Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blute heimkehren darf.“ So steht es am 4. September im epd, wo sich neben anderen die Innere Mission zu Wort meldet: „Der Führer ruft auch uns zum Dienst. Wir alle sind einsatzbereit, wo und wie er uns braucht. Gott segne den Führer! Gott schirme die Kämpfer! Gott sei mit Deutschland!“

Der epd berichtet aber nicht nur, was das militaristische Deutschland in diesen Tagen bewegt, er veröffentlicht auch dieses: „Unser Gebet für Volk und Reich. Allmächtiger Gott, barmherziger Vater. (...) Segne den Führer. Stärke alle, die im Dienst unseres Volkes stehen, in der Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft. (...) Gib Gnade, dass wir uns als Christen erweisen in allem unserem Beginnen (...).“

16. September 1939: Der Reichsverband der evangelischen Presse gibt als Fachschaft der Reichspressekammer eine Weisung weiter, um die vom Regime verlangte Politisierung im Sinne der Kriegsführung auch auf die Kirchenpresse auszudehnen: „Von allen Verlegern und Schriftleitern der evangelischen Presse muss erwartet werden, dass sie in diesem Schicksalskampf des deutschen Volkes auch zu ihrem Teil alles einsetzen, was die Widerstandskraft und den Opfermut unseres Volkes zu steigern vermag.“

### Lüpsen begrüßt den Kriegsbeginn 1939

Für die Ausgabe vom 4. September 1939 hatte auch Chefredakteur Focko Lüpsen zur Feder gegriffen – jener Mann also, dessen epd, seiner eigenen Nachkriegslegende zufolge, schon zwei Jahre zuvor verboten worden war. Der gut zweiseitige Leitartikel, gezeichnet mit „F. L.“, versuchte, „getroste Zuversicht“ (so der Titel) zu verbreiten: „Unser Volk hat sich erhoben, um mit den Waffen einzustehen für einen Frieden der Gerechtigkeit. Der Führer hat uns alle zum Einsatz gerufen, und wir alle stehen bereit, wo und wie er uns braucht“ (vgl. Dokumentation am Schluss dieser Ausgabe).

Seit Kriegsbeginn publizierte der epd in dichter Folge zahlreiche Stimmungsberichte, die geeignet waren, die Kriegsbegeisterung in Deutschland weiter zu stimulieren. Großenteils waren diese Berichte verfasst von Pfarrern. Einer davon war Martin Braun, von dem der epd am 27. September einen „Brief von der Front“ auf den drei vorderen Seiten druckte. Die Schlagzeile lautet in militaristischem Tonfall: „Gen Ostland ging unser Ritt“.

In Nr. 45 vom 1. November 1939 erscheint der fünfseitige Bericht einer „deutschen Diakonisse von Not und Befreiung“. Reißerisch kommt der Titel daher: „Nach Warschau verschleppt.“ Die nächste Nummer bringt wieder einen Bericht von Pfarrer Braun, der als Kanonier am Polen-„Feldzug“ teilgenommen hatte: „Bleib du im ew'gen Leben, mein guter Kamerad!“

Als „weiteres Dokument des unergründlichen Hasses“ der Polen gegen deutsche Pfarrer kündigte die Redaktion am 11. Oktober 1939 mehrere „Erlebnisberichte“ aus Posen und Bromberg an. Der Nachrichtendienst hatte seine übliche Nüchternheit abgelegt und titelte: „Wie wir der polnischen Hölle entkamen.“

### „Zahlreiche Juden“ und ihr „schrackenloses Regiment“

Bald danach sorgte sich die Redaktion um D. Theodor Zöckler, den Leiter der „Stanislauer Anstalten“, eine evangelische Einrichtung, die damals auch das „Bethel Polens“ genannt wurde. Schon Anfang Juni 1939 hatte eine epd-Kurzmeldung von Schwierigkeiten berichtet: „Die von D. Zöckler begründeten Stanislauer Anstalten sehen sich gezwungen, Zöglinge zu entlassen, da die polnischen Behörden den deutschen evangelischen Liebeswerken rückwirkend für sechs Jahre heute Steuern auferlegt haben.“

Mit Kriegsbeginn war das „Liebeswerk“ erst recht gefährdet. „Wie steht es um D. Zöckler?“ fragte der epd in der Überschrift am 18. Oktober 1939 auf Seite 1 und berichtete, Zöckler sei nach Kriegsbeginn zunächst von Polen im Stadtgefängnis von Stanislau interniert worden. Doch die Wehrmacht nahte: „Am 16. September änderte sich das Verhalten der polnischen Wachen. Sie wurden zusehends kleinlauter, ließen sich für den Fall eines Einmarsches von ihren eigenen Gefangenen Schutz zusichern und ließen diese dann frei.“

Abermals wird der journalistische Konjunktiv mitten im Krieg offenbar zu einer entbehrlichen Feinheit. Dem Wechsel in den antipolnischen Indikativ folgte in diesem ausdrücklich mit „epd“ gezeichneten Artikel erstmals auch ein rabiat antisemitischer Affekt, von der Redaktion im Druck durch Unterstreichung hervorgehoben: „Es folgten nun zwei unheimliche, herrenlose Tage, in denen die zahlreichen Juden der Stadt ein schrankenloses Regiment auszuüben versuchten. Rasch bildete sich eine deutsche Wehr“, heißt es in dem epd-Bericht.

An der so genannten Heimatfront hingegen gab es keinen Grund zur Beruhigung. Am 8. November 1939 hatte der Schreiner Georg Elser mit einer selbst gebastelten Bombe in München ein Attentat auf Hitler verübt: „Ich habe den Krieg verhindern wollen“, so das Motiv des 36-Jährigen. Der epd empörte sich am 15. November über den „verbrecherischen Anschlag“ und das „ungeheuerliche Verbrechen im Bürgerbräukeller“. Unter dem Titel „Unser Dank für die Bewahrung des Führers“ wurde auch über die zahlreichen Dankgottesdienste in ganz Deutschland berichtet, die es am 12. November in Reaktion auf das misslungene Attentat gegeben hatte. Der Wortlaut folgte der NS-Sprachregelung zu Treuebekundungen gegenüber dem Führer: „Unser Dank für die gnädige Behütung soll sich nicht in Worten erschöpfen, sondern sich kundtun in um so heißerer Hingabe, um so rückhaltloserer Einsatzbereitschaft.“

11. Januar 1940: Rundschreiben des Propagandaministeriums an alle Reichspropagandaämter: „Zu der bestehenden Anweisung, dass sich die kirchliche Presse jeder Stellungnahme zu politischen Fragen zu enthalten hat, wird ergänzend streng vertraulich mitgeteilt, dass es der Kirchenpresse während des Krieges gestattet ist, unter Beachtung der seit dem 1. September 1939 für die konfessionellen Zeitschriften ergangenen Sprachregelungen in ihren Ausführungen auf den Krieg Bezug zu nehmen, und zwar in einer Form, die die deutsche Siegeszuversicht immer klar zum Ausdruck bringt, den Siegeswillen des deutschen Volkes aus der bedenkenlosen Bejahung dieses uns aufgezwungenen Krieges auch in religiösem Sinne stärkt und jedes Wehklagen streng vermeidet. (...) Es ist selbstverständlich, dass jede kritische oder ablehnende Haltung oder Einflussnahme auf die innerdeutschen bzw. weltanschaulichen Dinge verboten ist und die Schriftleiter alles meiden, was als Kritik an der deutschen Außenpolitik gedeutet werden könnte.“

### „Unsere Waffen sind gekrönt von einem einzigartigen Sieg“

Der Theologe Focko Lüpsen bilanzierte zum Jahresende 1939: „Gott ist getreu.“ Denn hatte er nicht den Deutschen gegen die Polen geholfen? „Unsere Waffen sind gekrönt von einem einzigartigen Sieg“, schrieb der Hauptschriftleiter unter dem Kürzel „Lp.“ im epd vom 20. Dezember. Lüpsen endete mit einem Aufruf und Gelöbnis: „Treu dem Volk und seinem Führer (...), treu bis an den Tod.“

Die Propaganda, die der epd in diesen Monaten vermehrt transportierte, sollte offenbar das einlösen, was der epd dem Regime versprach, nämlich „dienende Bereitschaft“ – so der Titel eines mit der Spitzmarke „epd.“ gekennzeichneten Leitartikels vom 14. Februar 1940.

Allerdings machten sich auch Stress und Verknappung bemerkbar: Die Tippfehler häuften sich, das Schriftbild der epd-Ausgaben wurde blasser, weil offenbar Farbe fehlte, das Papier für den Druck verschlechterte sich zusehends. Der epd fürchtete sogar um sein Erscheinen, nicht aber, weil die Nazis mit einer Verbotsvorgang vor der Tür gestanden hätten. In Nummer 8 vom 16. Februar 1940 hieß es vielmehr: „Da wir infolge Kohlenmangels nicht die Gewähr dafür übernehmen können, dass unsere am 21. Februar fällige Ausgabe pünktlich erscheint, bringen wir heute schon einige Artikel zur Konfirmationszeit. gez. Dr. Lüpsen.“

epd B, Nr. 33 A, 7. August 1940:

### Zeit der Ernte

„Über die Dorfstrassen schwanken die hoch mit Korn beladenen Erntewagen von den Feldern herein. In den Höfen summen die Dreschmaschinen. Die Ernte, die uns das tägliche Brot in den kommenden Monaten schenken soll, ist in vollem Gange.“

England sieht die erhobene Sense des deutschen Schnitters über sich. Der Tag der Entscheidung rückt näher. Der deutsche Luftangriff auf Dover hat die Gewalt des Kommenden England gezeigt, aber England verharrt in seiner Verblendung. Das englische Volk wird die Rechnung seiner Verführer zu bezahlen haben.

Wir aber warten, in Ruhe und Vertrauen, und wir bewundern von neuem die unerschütterliche Langmut, mit der der Führer den feigen jüngsten Überfällen englischer Flieger auf Frauen und Kinder in Hannover zusieht. Dieselbe Langmut, die er bewiesen hat im Oktober 1938, als die Not der Sudetendeutschen immer grösser wurde, und im August 1939, als die Polen die Volksdeutschen in den Tod hetzten. Wir wissen, genau so wie damals und wie am 9. April und 10. Mai 1940 wird sich mit unwiderstehlicher Wucht vollziehen, was bis ins Letzte und Kleinste vorbereitet wurde. Wir wissen, dass die Stille kein Ausruhen bedeutet, dass sie von unaufhörlicher Arbeit für die letzte Entscheidung erfüllt ist.“

Noch marschierte die Wehrmacht voran, und in ebenso rascher Folge brachte der epd Mobilisierungsaufträge und Rechtfertigungsreden: „Tapferes Sterben – getrostes Gedenken“, so eine Schlagzeile aus dem Februar 1940. Im März dann nahm sich der Theologe Helmut Thielicke, der in der Nachkriegszeit mit seinen Büchern noch bekannt werden sollte, beschwichtigend des Theodizee-Problems an, das sich durch Kriegstote in vielen christlichen Familien nicht mehr verdrängen ließ: „Wo ist Gott? Aus einem Briefwechsel mit einem jungen Menschen“.

### „Hinter dem Werk des Führers steht der Allmächtige“

Am 27. März 1940 – Hitler und Mussolini hatten sich gerade am Brenner getroffen, die französische Regierung war gestürzt und der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen sowie auf die Länder im Westen stand kurz bevor – verbreitete der epd noch mal „Siegeszuversicht“, so der Titel eines Leitartikels. Zum Beleg wurde darin aus dem Brief eines Soldaten zi-

tiert: „Eins ist sicher: hinter dem Werk des Führers steht der Allmächtige.“

Je weiter der Krieg voranschreitet und Nazideutschland noch Erfolge seiner Armee verzeichnet, desto euphorischer gebärdet sich auch der epd. Gleich sechs kriegerische Schlagzeilen finden sich auf Seite 1 der Ausgabe 21 vom 15. Mai 1940: „Die Stunde der Entscheidung“ / „Siegesmarsch“ / „Entscheidungskampf im Westen“ / „Erfolge unseres Heeres“ / „Stunde des Frontsoldaten“ / „Unser Wille zum Sieg“.

Auch die äußere Aufmachung des in enger Schreibmaschinenschrift daherkommenden Pressedienstes wird auffälliger: Anderthalbzeilig prangt es am 29. Mai 1940 auf Seite 1: „Dank und Gelöbnis“. Der etwa wöchentlich erscheinende Dienst war hier äußerst aktuell, bezog sich der nachfolgende Artikel doch auf die Kapitulation Belgiens einen Tag zuvor. epd kommentierte: „Nach 18-tägigem Siegesmarsch unserer tapferen Wehrmacht hat der belgische König mit seiner Armee die Waffen gestreckt.“ Gott, so die nachfolgende epd-Fürbitte für alle Waffengattungen, „behüte unsere Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft“.

Den Sieg über Frankreich am 22. Juni 1940 wertet der epd vier Tage später als Beweis für die „Größe des Handelns“. Eine Woche nach dem Sieg über den Erzfeind im Westen schreibt der epd: „Neu angetreten. Zum Entscheidungskampf“. Der neue Feind, gegen den es jetzt gehen soll, heißt England. Der epd hat die neue Zielvorgabe des Propagandaministeriums bereits am 10. Juli übernommen: „Nach dem Siege erst recht.“

### 11. März 1940: Der Präsident der

Reichspressekammer, Max Amann, bemängelt in einer Sonderanweisung, dass die Kammer auch von der evangelischen Presse erwartet habe, „die Widerstandskraft und die Siegeszuversicht des deutschen Volkes“ zu stärken. In zahlreichen Fällen sei „die Tatsache des entscheidenden Schicksalskampfes, in dem unser deutsches Volk steht, nur nebenbei einmal erwähnt“, von einer Stärkung „der äußeren und der Heimat-Front“ könne keine Rede sein. Amann droht: „Sollte ich in Zukunft feststellen, dass Blätter Ihres Zuständigkeitsbereichs dem Geschehen unserer Tage interessenlos gegenüberstehen, werde ich daraus die mir notwendig erscheinenden Folgerungen ziehen.“

epd B, Nr. 33A, 7. August 1940:

Wir klagen an

Englands Kampf gegen Wehrlose

„Wie oft hatte der Führer unseren Gegnern angeboten, den Bombenkrieg auf Grund gegenseitiger Verträge abzuschaffen. Immer wieder wurde sein Angebot abgelehnt. Er wusste schon, warum er sein Angebot machte. Schwäche war dafür jedenfalls nicht der Grund. Er kannte den Krieg.

Wenn wir gedacht hatten, dass unsere Gegner wenigstens die ungeschriebenen Gesetze menschlicher Gesellschaft achten würden, dann wurden wir bald enttäuscht. England führt Kampf gegen Wehrlose. Englische Flieger werfen in Hannover Bomben auf Frauen und Kinder. Die Engländer, die immer ihre Christlichkeit vorschützten, haben die Maske fallengelassen. Sie reden von Humanität und werfen Bomben auf wehrlose Frauen und Kinder. Wir aber klagen an vor Menschen und vor Gott.“

#### Mitte 1940: Böhme radikalisiert den epd

Die Nummer 29 vom 10. Juli 1940 ist die letzte Kriegsausgabe unter der Hauptschriftleitung von Focko Lüpsen. Der epd-Chefredakteur wird zum Kriegsdienst eingezogen; er ist damals 42 Jahre alt. Nr. 30 vom 17. Juli wird schon dem ein Jahr älteren Dr. Kurt Böhme verantwortet. Das Impressum der epd-„Ausgabe B: für kirchliche Blätter“ lautet nun: „Herausgeber: Prof. Dr. A. Hinderer. Verantwortliche Schriftleitung: Dr. Focko Lüpsen (z. Zt. im Wehrdienst). i.V. Dr. K. Böhme“.

Böhme war mehr als nur ein Abwesenheitsvertreter. Hatte schon Lüpsen den epd treu auf nationaler Linie gehalten, so legte Böhme noch zu. Von einer Ausgabe auf die nächste radikalisiert sich der epd hin zu pointierter Kürze und aggressiver Kommentierung: ein deutliches Zeichen, dass der Pressedienst sich der Propaganda unentbehrlich machen wollte.

Im Jahrgang 1940 ist der Wechsel in der Schriftleitung von Lüpsen zu Böhme augenfällig. Der gewollten propagandistischen Wirkung diente auch eine neue Knappheit, die unter Böhme in die Gestaltung des Pressedienstes einzog. Gefragt waren nicht mehr lange Leitartikel über zwei oder drei Seiten, sondern kriegerische Kurzkomentare, von denen Böhmes Premierenummer 30 vom 17. Juli gleich drei präsentierte. „Bereitschaft“ war der eine überschrieben und anderthalbzeilig hervorgehoben.

Die Zahl dieser Kurzkomentare, die den Kriegsverlauf auf den Punkt zu bringen versuchten, steigerte die Redaktion in der Folge stetig. Vier waren es am 21., fünf am 28. August. Aus deutscher Sicht zu feiern gab es damals das einjährige Kriegsjubiläum. Sechs, ja sieben Kurzkomentare, die jeweils verschiedene Aspekte der aktuellen Lage behandelten, finden sich in den Nummern 37 und 38.

#### „Englands Kampf gegen Wehrlose“

In Reaktion auf Hitlers Einfall in Polen 1939 hatten England und Frankreich Deutschland am 3. September den Krieg erklärt. Die Folge waren u.a. auch Luftangriffe der Engländer auf deutsche Städte, wo viele Zivilisten zu Tode kamen. Daraus machte der epd am 7. August 1940 den Aufmacherkommentar: „Wir klagen an. Englands Kampf gegen Wehrlose“: „Englische Flieger werfen in Hannover Bomben auf Frauen und Kinder. Die Engländer, die immer ihre Christlichkeit vorschützten, haben die Maske fallen gelassen. (...) Wir aber klagen an vor Menschen und vor Gott.“ Weiter hinten im Blatt sollten dann „die Wurzeln der Scheinfrömmigkeit“ in der „englischen Religionsauffassung“ entlarvt werden.

Auf die britischen Bombenangriffe antwortete die deutsche Luftwaffe am 13. August 1940 mit einer Luftoffensive gegen England. Deutschland aber musste mehr und mehr erfahren, dass seine Wehrmacht nicht nur anderen Ländern tödliche Schläge beibringen konnte, sondern auch empfindliche Gegenschläge einstecken musste. So wurden in der Nacht zum 19. September die Bodenschwingschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld bombardiert, laut epd von der britischen Royal Air Force. Dabei sollen elf Kinder und eine Pflegerin ums Leben gekommen sein: „Anschlag auf Bethel. Verbrechen, die sich selbst richten“. Einer von fünf Kurzkomentaren in derselben Ausgabe verurteilte die „Bomben auf Bethel“ als „Hohn auf die Botschaft Christi“.

„Mit Gott! Das ist der Sieg“ versucht der epd seine Leser am 13. November glauben zu machen. „In allem treu“, „- dann aber erst recht“, „Deutschland stärker denn je“, „Aus der Kraft des Lichts“, „Vertrauen“, „Auch wir an der Front“ – all diese Beitragstitel beschwören die von oben verordnete Siegesgewissheit.

#### „Wer für England fährt, fährt in den Tod“

Kurz vor Weihnachten 1940 zieht der epd eine Bilanz des Luftkriegs gegen England. Es handelt sich um eines der übelsten Dokumente aus der „Korrespondenz des Evangelischen Preßverbands für Deutschland“: „Seit mehr als einem Vierteljahr fallen fast Tag für Tag

die Schläge unserer Luftwaffe auf England nieder. (...) Brände und Brände zeigen den Engländern das Wirken der deutschen Luftwaffe. (...) Sie sind es ja selbst gewesen, die das alles auf sich heraufbeschworen haben. Wir aber müssen sie fragen: Wisst ihr Engländer nicht mehr, dass unser Führer Euch und der ganzen Welt den Vorschlag gemacht hat, den Bombenkrieg nicht nur abzuschaffen, sondern sogar zu ächten? (...) Und um die Insel herum wachen unsere U-Boote und halten den Ring um England fest geschlossen. So gut wie nichts entgeht ihren wachsamen Augen. Geleitzug um Geleitzug wird von ihnen vernichtet. Wer für England fährt, fährt in den Tod."

**epd B, Nr. 46, 13. November 1940:**

### Dann aber erst recht

„Die an der Front stehen, müssen es wissen, die Heimat steht hinter uns, die ist mit dabei. Sei auch du mit dabei! Viel hängt von der Arbeit eines jeden Einzelnen ab. Wo du auch stehst, wenn du nur treu deine Pflicht tust, auf dem Posten, auf den du gestellt bist; Du sorgst dann mit für den Schutz der Heimat. Sei mit ganzem Herzen dabei!

In besonderen Zeiten ergeben sich auch für jeden besondere Pflichten. Es darf keiner meinen, mit seinen Gaben für das Kriegswinterhilfswerk habe er alles getan, was man von ihm erwartet."

### Noch 1940 ein Jahrgang mit 522 Seiten Umfang

Oft gehen Seiten- und Datumsangaben in den einzelnen epd-Nummern dieser Wintermonate durcheinander – kleine Zeichen dafür, dass in die Berliner Redaktion Hektik, Stress und bestimmt auch Angst eingezeichnet waren. Trotz aller kriegsbedingten Schwierigkeiten, zu denen auch eine beginnende Knappheit an Papier und anderen Druckmaterialien gehörte, war die Redaktion im Jahre 1940, in dem sie ihren letzten vollständigen Jahrgang unter der NS-Herrschaft redigieren durfte, noch ungeheuer produktiv: 522 Seiten umfasst der epd-Jahrgang 1940 – ein Jahrgang, in dem die ideologischen NS-Inhalte weit mehr waren als nur gelegentliche taktische Tribute an das System. Tatsächlich wurde regelmäßig und systemkonform, Ausgabe für Ausgabe, Propaganda für den begonnenen Vernichtungskrieg der Nazis geliefert.

Böhmes neue Praktik der knappen Kommentare zu verschiedensten Kriegsaspekten wurde nach dem Jahreswechsel 1940/41 weiter perfektioniert. Immer waren die Seiten 1 bis 2 oder 3 für dieses Stakkato der Propaganda reserviert. Der Kriegslagebericht des

OKW wird vom epd positiv vermeldet: „...so singt der neueste Abschlussbericht das Lob der Marine und der Luftwaffe“.

Nach den Polen hat der epd ideologisch vor allem England und die Engländer sowie die Anglikanische Kirche im Visier. Die Bomben, die nun inzwischen auf deutsche Städte fallen und Tod und Verletzung bringen, versteht der epd nicht als Revanche für deutsche Bomben, die zuvor z.B. auf Coventry gefallen waren. Der epd sieht die Sache am 26. Februar 1941 so: „England hat sich schon immer auf den Krieg gegen Frauen und Kinder verstanden.“

Vom „Gehorsam des Herzens“ schwärmt die übernächste Ausgabe. Danach wird dem Führer auf Seite 1 zum 52. Geburtstag gratuliert („Wir geloben ihm unwandelbare Treue und unverbrüchlichen Gehorsam“) und auf Seite 5 derselben Ausgabe über „neue Forschungsprogramme“ berichtet: „Der jüdische Einfluss auf das deutsche kirchliche Leben“.

Die antisemitische Meldung in diesem März 1941 kam nicht von ungefähr, wurde doch in diesem Jahr die NS-Judenpolitik zusehends repressiver, und das auch innerhalb der Reichsgrenzen. Am 31. Juli wird die „Endlösung“ der Judenfrage beschlossen. Vom 19. September an müssen Juden im Reich den „Davidstern“ tragen, zehn Tage später kommt es in Kiew zu Massakern an Juden. Im Oktober wird die Zwangsarbeit für Juden im Reich eingeführt, im selben Monat kommt es zu weiteren Deportationen, die im Oktober des Vorjahres in Baden, Saarland und Elsass-Lothringen begonnen hatten.

### Zeichen der Not im Druckbild

Die Deutschen beginnen Mangel zu leiden, spüren den Krieg bis in die hintersten Nischen ihres Alltags hinein. Beim epd beispielsweise wird die reprographische Druckqualität – wohl infolge groben Papiers und aus Mangel an Farbe – zusehends schlechter. Doch die Schlagzeilen jener Monate versuchen immer wieder, Kampfeswillen zu beschwören: „*Neu angetreten*“ / „*Von der Opferbereitschaft*“ / „*Freudig und stark*“ / „*Nun danket alle Gott*“ / „*Unsere Bewährung in der Zeit*“ / „*...für Euch, Ihr Kämpfer*“ / „*Wir sind gerufen!*“

Der letzte Jahrgang im Kriege, der von 1941, blieb unvollständig, weil der epd im Mai nun wirklich sein Erscheinen einstellte. Dies aber war kein Verbot aus politischen Gründen, das den epd als Einzigen getroffen hätte, sondern eine offiziell kriegswirtschaftlich begründete Schließung, die in jenem Frühsommer zahlreiche kirchliche und auch weltliche Verlage traf. Entsprechend gleich lautend waren die Begründun-

gen, die die Redaktionen in ihre letzten Nummern einrücken mussten:

### Angeordnete Mitteilung in epd B, Nr. 19 vom 14. Mai 1941:

„Die Kriegswirtschaft erfordert stärkste Konzentration aller Kräfte. Diese Zusammenfassung macht es notwendig, daß der ‚Evangelische Pressedienst‘ mit dem heutigen Tage bis auf weiteres sein Erscheinen einstellt, um Menschen und Material für andere kriegswichtige Zwecke freizumachen.“

Der kirchliche Nachrichtendienst erschien mit seiner B-Ausgabe also noch vier Jahre länger, als von Lüpsen in der Nachkriegszeit behauptet. Nur sieben Seiten Umfang hatte die letzte Ausgabe, „Die stärkere Idee“ (vgl. Dokumentation im Anhang) und „Standhaft und tapfer“ waren ihre beiden Leitartikel überschrieben.

### Zwang zur Papiereinsparung ab 1937

Das alles sind Zitate aus der Ausgabe B „für die kirchliche Presse“, die immerhin bis 14. Mai 1941 erscheinen durfte. Die Ausgabe A für die Tagespresse allerdings überlebte nicht bis 1941, sondern nur bis zum 5. Mai 1939. Sie wurde höchstwahrscheinlich von August Hinderer selbst eingestellt. Die Konsequenzen aus kriegswirtschaftlicher Papierrationierung konnte er als Fachschaftsleiter der Reichspressekammer nicht nur bei Provinzblättern exekutieren, sondern musste auch im eigenen Verband seinen Tribut zollen. Als Direktor des Evangelischen Pressverbands für Deutschland unterstanden ihm auch die Korrespondenzen des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Für diese Annahme gibt es mehrere Hinweise. Als Fachschaftsleiter der evangelischen Presse war Hinderer schon ab 1937 vom Staat zur Erfüllung eines Vierjahresplanes gehalten, die Zahl evangelischer Publikationen allmählich zu reduzieren, um so Papier zu sparen. „Streng vertraulich!“ machte er Anfang des angeblichen Verbotsjahres die Mitteilung, dass der staatliche „Vierjahresplan“ auch von der konfessionellen Presse verlange, ihren Papierverbrauch einzuschränken. Beginnend im Januar mussten in diesem Jahr zunächst zehn Prozent eingespart werden, wozu der Reichsverband seinen Mitgliedern mehrere praktische Tipps gab: Gespart werden konnte, indem man den Umfang verminderte oder die Erscheinungsfolge reduzierte.

Aufschub wird nicht geduldet. Im Mai 1939 – der Krieg rückt näher – wird der verordnete „Sparsatz“ von 10 auf 25 Prozent erhöht. Der Reichsverband der

evangelischen Presse droht Verlegern den Ausschluss aus der Reichspressekammer an, sollten sie dem nicht Folge leisten. In Laufe des Jahres reichen viele Betroffene bei unterschiedlichsten Stellen Beschwerden ein und bemühen sich um Ausnahmen von der Papierbeschränkung.

5. Mai 1939: Einstellung des epd-Dienstes A für die Tagespresse – offenbar eine Entscheidung von EPD-Direktor August Hinderer zur Umsetzung von behördlich angeordneten Papiereinsparungen für die gesamte evangelische Presse.

Mit Kriegsbeginn im September muss Fachschaftsleiter Hinderer den konfessionellen Verlegern und Verlagsleitern eine sogar 50-prozentige Kürzung des Papierverbrauchs, also nochmals eine Verdoppelung des bisherigen „Sparsatzes“, auferlegen: „Der Verbrauch des gesamten Zeitschriftenwesens wurde um 50 v.H. gekürzt.“ Binnen einer Woche war jeder Verleger „verpflichtet (...) zu melden, auf welche Weise er der vorgeschriebenen Umfangskürzung nachkommen will“. Denn, so eine weitere Anordnung: „III. Das Material aller Art, insbesondere also Papier, Farbe, Benzin, ist in der sparsamsten Weise zu bewirtschaften. Jeder auch noch so geringe vermeidbare Verbrauch schädigt unser Volk.“

Doch 50 Prozent sind eine Menge. Mit ein paar Seiten weniger war es jetzt nicht mehr getan. Schon Mitte September 1939 wird ein neuerliches Rundschreiben hinterhergeschickt werden. Erstmals ist in der Anordnung der Reichspressekammer, die Hinderer unkommentiert weitergibt, von der Einstellung ganzer Blätter die Rede. Exekutieren musste das Hinderer als Leiter der evangelischen Fachschaft, der damit in eine prekäre Interessenlage geriet: „Durch den Reichsverband der evangelischen Presse wird in den nächsten Tagen den einzelnen betroffenen Verlagen davon Mitteilung gemacht, welche Zeitschriften zur Einstellung gelangen müssen. (...) Die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, sind zum Teil hart.“

Hinderer in seiner Doppelfunktion als ausführendes Organ der Reichspressekammer und EPD-Direktor stand somit beständig vor der heiklen Frage: Sollte er Kirchenblätter in der Provinz opfern, um mit dem so eingesparten Papier die eigenen Publikationen in der Reichshauptstadt (den epd, den „Bilderboten“, das „Evangelische Deutschland“) zu retten? Diesem Verdacht sah sich Hinderer ausgesetzt. So problematisierte das Kirchliche Presseamt der Mark Brandenburg in einem Brief an das Reichskirchenministerium bereits am 4. September 1937 Hinderers mögliche Doppelrolle bei der anstehenden Einstellung von Blättern

sowie die Erwartung, er könnte die eigenen Publikationen bevorzugen.

Hinderer erkannte wohl zunehmend, dass sein Presereich nicht gänzlich ungeschoren davonkommen konnte. Höchstwahrscheinlich war ein kalkulierter Verzicht Hinderers (und nicht ein speziell politisch motiviertes Verbot) der Grund, warum die epd-Ausgabe A nur bis zum 5. Mai 1939 erschien. Dafür spricht auch, dass sich im Frühjahr 1939 der Druck, weitere Kirchenblätter zu schließen, nochmals verstärkt hatte.

### Einstellung 1941: ein Massenschicksal

Die evangelische Presse war also über Jahre gewöhnt, mit immer weniger Papier auszukommen; die Einstellung 1941 kam insofern nicht plötzlich. Natürlich standen hinter den NS-Papierkürzungen auch politische Motive, die sich aber nicht erkennbar gegen den EPD/epd im Besonderen richteten oder gar eine Abstrafung für missliebigen Verhalten gewesen wären. Das kriegsbedingt knapper gewordene Papier sollte vor allem der Partei- und Staatspresse vorbehalten bleiben. Die Pressehistoriker Norbert Frei und Johannes Schmitz schreiben hierzu: „Kriegswirtschaftlich begründete Stilllegungsaktionen lichteten 1941, 1943 und 1944 die deutsche Presselandschaft weiter. Am Ende standen 350 parteieigenen Zeitungen noch 625 Privatblätter gegenüber, wobei letztere nur noch 17,5 Prozent der Gesamtauflage druckten. Bei einem Marktanteil von schließlich 82,5 Prozent verfügte die NSDAP unter dem Dach des Eher-Konzerns über den größten Pressekonzern der Welt.“

*14. Mai 1941: Einstellung des epd-Dienstes B für die kirchliche Presse im Zuge einer Welle von Zeitungsschließungen im Rahmen der Papierrationierung. Die verbliebenen Ressourcen wurden auf Zeitungen von Staat und Partei konzentriert.*

Das tatsächliche Aus für den epd 1941 war lediglich Teil einer ersten von insgesamt drei „Stilllegungsaktionen“; als Begründung musste jeweils eine kriegsbedingte Papierrationierung herhalten. Im Mai 1941, als der epd mit dabei war, traf das Verbot weiteren Erscheinens insgesamt 550 Zeitungen, darunter auch die katholische Zentrumspresse wie die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Essener Volkszeitung“. Im Juni musste der EPD auch seinen beliebten „Bilderboten für das evangelische Haus“, eine Illustrierte für die christliche Familie (Auflage: 650.000), einstellen.

Der epd erlitt also kein Einzelschicksal und auch keines, das die Kirche unwidersprochen hingenommen

hätte. Nachweislich gab es von April bis Mai mehrfache Proteste bis hinauf zu Hitler. Goebbels aber entschied am 13. Oktober 1941, es sei keine Ausnahme von der angeordneten Papierrationierung mehr möglich: „Die immer ernster werdende Papierlage gestattet es mir nicht, meine das kirchliche Schrifttum betreffenden Einschränkungsanordnungen auch nur im Geringsten aufzulockern.“

### Was über 1941 hinaus erscheinen durfte

Was allerdings weiter erscheinen durfte, noch bis 1943, war der „Schriftendienst für Heimat und Heer“, eine Sammlung religiöser Soldatenhefte, die der EPD seit 1939 an das Oberkommando der Wehrmacht lieferte; auch hier war zunächst Lüpsen (zusammen mit Hinderer) der zuständige Redakteur. Der EPD verdiente also mit an einem Geschäft, in dem der Bertelsmann-Verlag, auch er aus christlicher Idee entstanden, Marktführer war (epd 4/2000).

Von den Kirchenblättern aber durften nur wenige weiter erscheinen. Doch je schlimmer der Kriegsverlauf für die Deutschen wurde und je schlechter die Versorgungslage, desto gefährdeter waren auch die letzten Überbleibsel. Das Kirchenministerium meldete am 28. August 1944 in einem „Schnellbrief“ an die Reichspressekammer (RPK), Goebbels habe die Einstellung aller noch verbliebenen Kirchenblätter verlangt. Das Kirchenministerium wollte bei der Pressekammer erreichen, dennoch einige wenige, darunter auch Hinderers „Evangelisches Deutschland“ (ED), zu retten. Der Präsident der RPK antwortete am 21. November 1944 und nahm wie gewünscht u.a. das ED von der Einstellungsverfügung aus. Das EPD-Blatt müsse allerdings mit der „Theologischen Literaturzeitung“ zusammengelegt werden, so die einzige Auflage.

EPD-Direktor Hinderer, der offenbar noch immer über beste Kontakte verfügte, war sich übrigens schon zwei Monate vorher sicher, dass sein ED weiter würde erscheinen dürfen. Und am 12. Februar 1945 klagte Hinderer in einem Brief: „...Druckerei noch immer ohne Strom, so dass die lange fällige Nummer des ‚Evang. Deutschland‘ nicht ausgehen kann.“ Aber, immerhin: die Zeitschrift war, trotz „totalem Krieg“ und naher Niederlage, noch fertig geworden.

### Nach Kriegsende: Lüpsen fälscht die Geschichte

Trotz der aus Bibliotheken und Archiven zu rekonstruierenden Fakten hat sich die Legende eines politisch motivierten NS-Verbots, das den epd 1937 getroffen habe, als überaus langlebig erwiesen. Lüpsen hat seine Falschdarstellung mehrfach weiter verbreit-

tet, nicht nur im eingangs zitierten Aufsatz im „Kirchlichen Jahrbuch“ 1950, sondern auch in zahlreichen anderen Selbstauskünften, veröffentlichten wie unveröffentlichten.

Von 1950 oder später stammt ein getippter Lebenslauf von Lüpsen, in dem er die Verbotslegende, diesmal undatiert, fortschreibt. In der Mitte der Seite heißt es: „ab 1934 Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (bis zu dessen Verbot)“. Auch im Fernsehen hat Lüpsen seine Verbotslegende weiter verbreitet. Am Heiligabend 1974 durfte er in mehreren Dritten Programmen den Kommentar zu einer Ufa-Wochenschau von 1934 sprechen: „Ein Jahr später (1934, d.Red.) war die Gleichschaltung von Presse und Rundfunk fast vollkommen. Kirchliche Zeitschriften wurden verboten – befristet und unbefristet. Der Evangelische Pressedienst wurde durch Anordnungen des Reichsministers Frick in seiner Wirksamkeit eingengt und langsam, aber sicher in die Illegalität gedrängt.“

Auch wenn mit dem angeblichen Gang in die „Illegalität“ ein Akt des Widerstands angedeutet wurde, für den es keinen greifbaren Nachweis gibt – Lüpsen zeigte zum Ende dieses Fernsehkommentars, den er als 76-Jähriger schrieb, doch Einsicht: „...und wenn auch zu Weihnachten (1934, d.Red.) ein milderer Wind wehte, so ahnte doch jeder Kundige, dass es auf die Dauer keine Kompromisse mit der Weltanschauung des Nationalsozialismus geben würde, dass im Kampf der Bekennenden Kirche der Weg vieler aufrechter Christen hinter Gefängnismauern, ja im Konzentrationslager enden würde.“

#### Warum machte der EPD unter den Nazis weiter?

Hier nun ist die Frage zu stellen, warum Lüpsen und seine Kollegen mit ihrem epd, warum Hinderer – den man wohl auch zu den „Kundigen“ wird zählen dürfen – mit seinem Evangelischen Pressverband insgesamt dennoch im Dritten Reich weitergemacht haben. Teils wohl, weil sie ihr Lebenswerk nicht aufgeben wollten, teils auch, weil sie seit den mittleren 30er Jahren unter Zwängen arbeiteten, aus denen längst nicht mehr durch einen Entscheid der Freiwilligkeit auszuscheiden war. Das Fortbestehen des EPD, obwohl die Bedingungen des NS-Regimes längst nicht mehr wahrhaft christliche Publizistik erlaubten, hat aber noch konkretere Gründe als nur den Selbsterhaltungswillen bestehender Institutionen oder „das kollektive Gefühl der professionellen Unersetzbarkeit“, so die beiden Pressehistoriker Frei und Schmitz.

Zeitzeuge Wolf-Dieter Zimmermann, der Hinderer und den EPD 1932 als Volontär kennen gelernt hat, be-

tont, Hinderer und die Kirche seien sich im Grunde fremd geblieben. Dem EPD-Direktor sei es vor allem auf Erhalt seines Pressverbands angekommen: „Er war lieb, väterlich und moralisch integer und verliebt, verheiratet mit seiner Organisation. Insofern war er an Kirche relativ wenig interessiert. Sondern er war verheiratet mit seinem Apparat.“ Die Kirche habe auf die Kommunikationsangebote des EPD im Grunde gleichgültig reagiert. Der epd sei von oberen Kirchenleuten oder gar in Kreisen der Bekennenden Kirche nicht gelesen worden, so Zimmermann.

Auf Hinderer wird auch zutreffen, was Zimmermann in seinem Buch „Gerechtigkeit für die Väter“ geschrieben hat: „Es hat lange gedauert, bis die Männer, denen Einflussmöglichkeiten verblieben waren, erkannten, dass das von ihnen erbrachte Opfer in keinem Verhältnis zum Nutzen stand. (...) Doch wer in Verantwortung steht, kann Menschen nicht einfach opfern – um seines eigenen Wohlbefindens willen. Die Frage hieß wohl weniger: mutig oder feige, Protest oder Anpassung; sie hieß für die Wissenden: Verminderung des Risikos und Sicherung der Existenz derer, für die man Verantwortung trägt.“

In diesem Sinne wird auch Hinderer, der „in seinem Betrieb ein Diktator“ (so der spätere Berliner Bischof Otto Dibelius) gewesen sein soll, eine Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Steglitzer Bismarckstraße verspürt haben. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft, als deren Konsolidierung noch ausstand, mag es auch beim EPD die Erwartung gegeben haben, die neuen Herren würden bald abgewirtschaftet haben. In einer zweiten Phase beeindruckten die scheinbaren Errungenschaften des Regimes, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beispielsweise. In einer dritten Phase, als der Krieg näher rückte, gab es für Journalisten, „die Alternative des Kriegseinsatzes vor Augen“, einen neuen starken Beweggrund, den Redaktionsdienst besser nicht zu quittieren.

Es sollte aber auch nicht vergessen werden, dass der EPD damals ein ausgesprochenes Profitunternehmen war. Für den Pressedienst epd sind Zahlen zwar nicht überliefert, wohl aber für zwei vom EPD herausgegebene Zeitschriften. Laut einer Aufstellung, die nach 1940 angefertigt wurde, brachte das „Evangelische Deutschland“ dem EPD in den NS-Jahren 1933 bis '40 einen Reingewinn von 175.554 Reichsmark und 55 Pfennigen ein.

Bezugsgebühren und auch stattliche Anzeigeneinnahmen trugen dazu bei. Während aber die Jahreseinzelnwerte bei dieser eher theologisch ausgerichteten Fachzeitschrift für Glaubensfragen gegen Ende des genannten Zeitraums nach unten weisen, konnte sich

die populäre Illustrierte „Der Bilderbote für das evangelische Haus“ ab 1936 von Jahr zu Jahr verbessern. Mit den monatlich bis zu 650.000 Exemplaren verdiente der EPD in den acht Jahren seit NS-Machtübernahme insgesamt 462.423 Reichsmark und 78 Pfennige, im Kriegsjahr 1940 sogar den Spitzenwert von 82.554,61 Reichsmark.

### Die Legende wird weitergetragen

Lüpsens Verbotsslegende, besonders die erste öffentliche Version im Kirchlichen Jahrbuch von 1949, wurde in den Nachkriegsjahren von mehreren Autoren übernommen und weitergetragen – und dies großenteils völlig ungeprüft, obwohl hier doch kein Unabhängiger Zeugnis abgelegt hatte, sondern ein beteiligter Zeitzeuge, dessen Behauptungen wissenschaftlich hätten gegengeprüft werden müssen.

Dennoch schlich sich die epd-Geschichtsklitterung in Bücher wie das Standardwerk von Gottfried Mehnert zur Geschichte der evangelischen Presse (1983), in wissenschaftliche Aufsätze, journalistische Gedenkartikel und auch in Doktorarbeiten ein. Die Perpetuierung der Verbotsslegende in der Pressegeschichtsschreibung der Bundesrepublik ist ein Beispiel dafür, wie durch pures Abschreiben Fehler und Irrtümer in die Wissenschaft kommen.

### Neuanfang 1946 in Bethel

Berlin, wohin Focko Lüpsen bald nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Dezember 1946 gereist war, um vor Ort den epd wiederzubeleben, blieb nur eine Zwischenstation. Die gesamtpolitische und auch kirchenpolitische Lage im Nachkriegsdeutschland mit der beginnenden Ost-West-Trennung trugen dazu bei, dass der Gründungssitz in der ehemaligen Reichshauptstadt aufgegeben wurde.

Stattdessen suchte Lüpsen den Neuanfang in Bethel bei Bielefeld, in zwei Räumen der Bibliothek der Theologischen Hochschule, die man ihm zur Verfügung gestellt hatte. Auf Empfehlung von Präses D. Karl Koch, der ab Juni 1946 wieder Vorsitzender des Evangelischen Presseverbands für Westfalen geworden war, wurde Lüpsen zum Geschäftsführenden Direktor des westfälischen Presseverbands ernannt und mit der „Wiederaktivierung“ des epd für ganz Deutschland beauftragt.

Ob Koch, der gute Beziehungen zur britischen Militärregierung hatte und z.B. eine „Priority List“ bevorzugt zu lizenzierender Kirchenblätter einreichen durfte, bekannt war, was Lüpsen bis Frúhsommer 1940 im epd geschrieben hatte, kann nicht gesagt

werden. Zeitzeuge Zimmermann aber meint, „dass die westfälische Kirche nicht verstanden hat, was passierte, was sie gedeckt hat. Das hat sie erst viel später herausgekriegt. Der ganze Bethel-Start ist von der westfälischen Kirche gedeckt worden, ohne dass sie sich je gekümmert hat, was das eigentlich war. Sie kannten die Vergangenheit nicht, sie kannten die Vergangenheit der Personen nicht und haben sich einreden lassen, das ist ein gesamtkirchliches Werk und wir müssen es machen, es war früher auch da, und sie haben gesagt: ‚Na, dann mach's mal.‘“

1957 erinnerte er sich an die ihm anvertraute Neugründungsphase so: „Zunächst galt es, den ‚Evangelischen Pressedienst‘, der während des Dritten Reiches verboten war und nur noch illegal hatte wirken können, wieder zu aktivieren. Die Verhandlungen mit den Lizenzbehörden waren langwierig.“

### 1946/47: Zwecklügen in Lizenzanträgen

Die Verbotsslegende wurde als Zwecklüge wohl auch eingesetzt in den (mindestens) fünf Lizenzanträgen, die Lüpsen von 1946 an bei der britischen Besatzungsmacht einreichte:

- einen für den Neustart des epd in der bescheidenen Auflage von 200 Stück,
- einen für die Sonntagszeitung „Neue Kirche“, die schon ein Jahr vor dem epd, am 23. Mai 1946 genehmigt worden war – anfangs in einer vierzehntäglichen Auflagenhöhe von 100.000 Stück, dann 230.000, nach anderer Quelle sogar 250.000, und zwar ab November 1946, was für die damaligen Nachkriegsverhältnisse von Papierknappheit enorm war,
- einen für den „Nachrichtendienst der Evangelischen Kirche von Westfalen“, dessen Auflage immerhin 3000 Stück betragen sollte – zugelassen zeitgleich mit dem bundesweiten epd am 15. Juli 1947,
- einen späteren für die „Evangelische Welt – Nachrichtendienst der Evangelischen Kirche von Westfalen“ (Lizenznummer 133), für die Lüpsen Herbst 1947 eine Lizenz und z.B. am 12. April 1948 eine Papierzuweisung erhielt,
- und einen für die Gründung eines evangelischen Buchverlags, des Westdeutschen Luther-Verlags. Dieser fünfte Antrag datiert bereits vom 10. Mai 1946; er hat sich im Bundesarchiv erhalten und konnte im Februar 2002 aufgefunden werden. Die hier gegebenen Auskünfte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit wortgleich auch im – bislang nicht aufgefundenen – epd-Antrag verwendet worden sein. Es ist

anzunehmen, dass Lüpsen, um den Kontrolloffizieren nicht aufzufallen, auf Widerspruchsfreiheit seiner fünf Anträge achtete.

In dem 38-seitigen Dokument, das größtenteils aus von Lüpsen ausgefüllten Fragebögen der „Military Government of Germany“ besteht, gibt der Antragsteller zunächst Auskunft über seine persönlichen Verhältnisse. Parteigenosse, so die Antwort auf die alles entscheidende Zentralfrage „Waren Sie jemals Mitglied der NSDAP?“, sei er nie gewesen. Im Abschnitt über „NSDAP-Hilfsorganisationen“ räumt Lüpsen allerdings ein, von 1935 bis 1945 Mitglied der NSV, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (eines eingetragenen Vereins, der 1938 6,5 Millionen Mitgliedern hatte) gewesen zu sein; Ämter habe er dort keine bekleidet. „Normale Mitgliedsbeiträge an die NSV“, heißt es dazu in einem hinteren Teil des „Personal-Fragebogens“.

Zum Militärdienst lautet die Auskunft – sachlich korrekt – auf eine Tätigkeit beim Heer vom 27. Mai 1940 bis 3. Mai 1945. Dienstort sei Berlin, Dienstgrad „Oberzahlmeister d. Res.“ gewesen. Auf die Frage, ob Lüpsen an der Militärregierung der von der Wehrmacht besetzten Gebiete mitgewirkt habe, lautet die Antwort: nein. Die vorhergehende Auskunft, nur in Berlin eingesetzt gewesen zu sein, widerspricht einer späteren Selbstauskunft in einem getippten Lebenslauf von 1950 oder danach: „Mai 1940 bis Mai 1945 Kriegsdienst in Frankreich, Balkan und Deutschland“.

### „1933 wurde ich von der Gestapo verfolgt“

Lüpsen verschweigt nicht, dass er bis Anfang 1940 dem Evangelischen Pressverband als Redakteur angehört hat. Aber in einer Anlage zum Fragebogen gibt er sich als Verfolgter des Naziregimes aus: „1933 wurde ich als Pressebeauftragter des damaligen Reichsbischofs D. von Bodelschwingh von der Gestapo verfolgt. 1935 wurde ich wegen meines Eintretens für ein führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, Pfarrer Jacobi, D.D., mit dem Ausschluss aus der Reichspressekammer bedroht und verwarnt. 1936 wurde mir die Herausgabe des Evangelischen Pressedienstes für die Tagespresse untersagt, da ich mich weigerte, mich einer Vorzensur zu unterwerfen.“

Wie wir heute wissen, stimmte nicht einmal diese eingeschränkte Version der Verbotslegende: dass die epd-Ausgabe „für die Tagespresse“ ab 1936 nicht mehr erscheinen dürfen. Tatsächlich existierte sie bis Mai 1939. Zudem: eine generelle Vorzensur gab es unter den Nazis zunächst nicht; ihr System der Presselenkung funktionierte mit Presseanweisungen und Nachzensur. Erst im August 1939, kurz vor

Kriegsbeginn also, wurde die Vorzensur eingeführt, die sich auf alle militärischen Belange bezog und entsprechende Berichte vorlagepflichtig machte.

Die „Information Control“ der Briten wollte vor Lizenzerteilung auch wissen, was Lüpsen vor 1945 geschrieben hatte. Unter „Schriftwerke und Reden“ gibt Lüpsen dazu in der Anlage die Auskunft, seine Veröffentlichungen im epd, im „Evangelischen Berlin“, im „Sonntagsfreund“ und im „Sonntagsbrief“ hätten sich „überwiegend mit religiösen, theologischen und kirchlichen Themen“ beschäftigt oder wären, „soweit sie über diesen Rahmen hinausgingen, ausschließlich von religiösen und kirchlichen Gesichtspunkten bestimmt“ gewesen.

Für die Zukunft wurde den britischen Kontrolloffizieren schmeichlerisch folgendes Verlagsprogramm in Aussicht gestellt: „Es ist geplant, Übersetzungen aus dem englischen evangelischen Schrifttum zu veröffentlichen.“

Was mit diesen teils verfälschenden, teils beschönigenden Selbstauskünften erreicht werden sollte, ist klar: Mit der Behauptung, von den Nazis verboten worden zu sein, schien sich der epd für den Neuaufbau einer demokratischen Presse bestens zu empfehlen. Zudem erfüllte Lüpsen als Antragsteller eine der Hauptbedingungen der Alliierten: Lizenzträger durften keine NSDAP-Mitglieder gewesen oder sonst wie politisch belastet sein.

Eine Gegenprüfung der Selbstauskünfte unterblieb offenbar. In den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Nachrichtenkontrolloffiziere der Besatzungsbehörde viel zu tun und wohl keine Zeit, in – teils ausgebombte – Bibliotheken zu steigen, um z.B. Jahressbände des epd zu sichten. Im Lizenzdokument für den Luther-Verlag fand sich ein Aktenvermerk von Major J. E. Cross, der die Zulassung Lüpsens ohne Einschränkung empfahl, weil der Antragsteller journalistische Erfahrung habe und ein gutes Verlagsprogramm beabsichtige: „Applicant has previous publishing experience, backed by a good programme. Recommended.“ Und so kam es zur Neuzulassung des epd auf Grundlage wahrheitswidriger Selbstauskünfte.

15. Juli 1947: Die Britische Militärregierung Deutschland erteilt Dr. Focko Lüpsen die Lizenz Nr. 134 zur „Ausübung eines Nachrichtendienstes“: „Evangelischer Pressedienst“.

**Epilog: „Der Publizist – kritisch gegen sich selber“?**

Am 15. Juli 1947 stellte die „Nachrichtenkontrolle“ der „Militärregierung Deutschland“ die „License“ Nummer 134 auf „Dr. Focko Lüpsen“ aus. Zweck: „Operation of a News Agency / Ausübung eines Nachrichtendienstes“. Die genehmigte Auflagenhöhe für das „weekly news sheet“ betrug 200 Exemplare.

Damit konnte es wieder losgehen. In rascher Folge gründete Lüpsen, der Herausgeber, Chefredakteur und Verleger des epd in einer Person war, neue Korrespondenzen, darunter 1948 auch „Kirche und Rundfunk“, das heutige „epd medien“, und die Korrespondenz „Kirche und Film“, woraus sich später „epd Film“ entwickeln sollte.

Im selben Jahr wurde auch die „Erweiterung des epd durch Landesdienste“ forciert, wie Lüpsen in einem Rundbrief den „Redaktionen der kirchlichen Presse“ am 29. Oktober mitteilte: „Damit trägt zugleich der Evangelische Pressedienst mit seinen Landesdiensten eine gesamtkirchliche Verantwortung und bietet die Gewähr für eine auf authentischen Quellen beruhende umfassende Berichterstattung.“

In der Nachkriegszeit sollte Lüpsen, den Kollegen, die ihn kannten, als unnahbar, verschlossen, machtbesessenen und autoritär beschreiben, ähnlich einflussreich wie sein Vorgänger August Hinderer werden, der 1945 verstorbene EPD-Direktor. Auch die Ämterhäufung hat er seinem Förderer nachgemacht: Lüpsen war epd-Chefredakteur und nach der Leitung des westfälisch-lippischen Presseverbands ab 1957 auch Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland.

Er war langjähriges Mitglied des Deutschen Presserates, er vertrat Presse und Kirche im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks (ab 1968) sowie in zahlreichen anderen weltlichen und kirchlichen Gremien. Er arbeitete als Journalist, war in Doppelfunktion aber auch Verleger, ja sogar Verlegerfunktionär: Bereits 1957 wurde er Vorsitzender des Verbands der Zeitschriftenverleger von Nordrhein-Westfalen, was er bis 1971 blieb.

1965 wurde ihm in München die Jakob-Fugger-Medaille verliehen. In seiner Dankesrede findet sich ein Satz, der auch für den damals 67-Jährigen endlich Anlass hätte sein können für eine wahrhaftige Vergangenheitsbewältigung: „Der Publizist, dem nicht nur die Aufgabe der Information, sondern auch die der Kritik anvertraut ist, würde sein Amt schlecht verwalten, wenn er nicht auch kritisch gegen sich selber wäre.“ ■

**Für dieses Dossier****wurde u.a. recherchiert in:**

Archiv der Pommerschen Evangelischen Kirche, Greifswald;  
 Archiv des Diakonischen Werkes, Berlin;  
 Archiv des Evangelischen Presseverbands für Westfalen und Lippe, Bielefeld;  
 Archiv des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik, Frankfurt/M.;  
 Britisches Nationalarchiv: Public Record Office, Kew bei London;  
 Bundesarchiv, Berlin;  
 Deutsche Bibliothek, Frankfurt/M.;  
 Evangelisches Pressearchiv, München;  
 Institut für Zeitungsforschung, Dortmund;  
 Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart;  
 Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bielefeld;  
 Staatsbibliothek Unter den Linden, Berlin;  
 Universitätsbibliothek Tübingen.

Das Zeitzeugen-Interview fand am 24. April 2002 in Berlin-Lankwitz statt.  
 Besonderer Dank an Wolf-Dieter Zimmermann und an Dr. habil. Manfred Gailus (TU Berlin) für den Hinweis auf ihn.

## August Hinderer



Professor Dr. August Hinderer hat die evangelische Publizistik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts während des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus entscheidend geprägt und den 1910 gegründeten Evangelischen Pressverband für Deutschland (EPD) ab 1917 als dessen Direktor zu einem verzweigten Medienkonzern ausgebaut. Unter seiner Leitung erschienen kirchliche Publikationen bis zum Kriegsende, das Hinderer nur um wenige Wochen überlebte.

Hinderer wurde am 8. August 1877 in dem württembergischen Ort Weilheim unter Teck als jüngstes von 15 Kindern eines Lehrers geboren, der stark im schwäbischen Pietismus verwurzelt war. Von 1891 bis 1895 war er Schüler des theologischen Seminars Maulbronn und dort Stubengenosse des späteren Schriftstellers Hermann Hesse. 1895 nahm er das Theologiestudium in Tübingen auf, wurde 1900 Vikar und 1907 zum Pfarrer ordiniert.

Im Mai 1908 wurde Hinderer Schriftleiter des „Evangelischen Gemeindeblatts für Württemberg“, war 1911 Mitbegründer des Evangelischen Pressverbandes für Württemberg und fünf Jahre später des Evangelischen Pressverbandes für Süddeutschland. Im Mai 1917 wurde er zum Direktor des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland (EPD) nach Berlin berufen.

Als EPD-Direktor war Hinderer Herausgeber einer Vielzahl von Publikationen mit zum Teil sehr hoher Auflage wie „Das Evangelische Deutschland“ oder der „Bilderbote für das evangelische Haus“. Auch der Evangelische Pressedienst, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit dem Signum epd regelmäßige

Korrespondenzdienste für Zeitungen der Tagespresse und der Kirchenpresse herausgab, gehörte zum Unternehmen Hinderers, der sich zudem in der evangelischen Eltern-, Rundfunk- und Filmarbeit sowie in der Ökumene engagierte.

1925 wird er Beisitzer der „Film-Oberprüfstelle“. Bis 1934 gehört er dieser höchsten Stelle für Filmkontrolle in der Weimarer Republik an. 1927 erhält Hinderer eine Honorarprofessur für evangelisches Pressewesen an der Theologischen Fakultät der Berliner Universität, dort wird er 1931 Direktor eines von ihm gegründeten Seminars für Publizistik.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 ist Hinderer politischen Repressionen ausgesetzt. Am 24. Juni 1933 wird er für abgesetzt erklärt, nachdem SA-Mannschaften den EPD besetzt haben. Am 17. Juli wird er wieder eingesetzt. Im Jahr 1934 wird Hinderer sogar verhaftet: Vom 26. bis 29. Juni wird er in das SS-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße gesperrt und kommt auf Grund von Interventionen einflussreicher Freunde wieder frei. Zum Jahresende 1934 wird der von ihm gegründete Reichsverband der Evangelischen Presse eine Fachschaft innerhalb der Reichspressekammer.

In den folgenden Jahren beruhigt sich die Lage, Hinderer wird Leiter der Evangelischen Fachschaft in der Reichspressekammer und damit eingebunden in das NS-Propagandasystem mit Zuständigkeit für die Kirchenpresse im gesamten Reich. In dieser Funktion muss er 1937 in der Kirchenpresse staatliche Anordnungen zur Papiereinsparung umsetzen, die als frühe Rationierungsmaßnahmen im Zuge der Vorbereitung auf die NS-Kriegswirtschaft gelten.

Auf Veranlassung des von Joseph Goebbels geführten Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda gibt Hinderer ab 1940 die Publikation „Die Beratung“ heraus, von der bis März 1941 sieben Ausgaben erscheinen und die Hinweise zur NS-konformen Sprachregelung in der Kirchenpresse geben. Im Mai 1941 erfolgt auf Grund von Papierrationierungen eine weitere Schließungswelle von Zeitungen, der ein großer Teil der bürgerlichen Presse und der Kirchenpresse, darunter auch der „Evangelische Pressedienst“ zum Opfer fallen. Bis März 1945 gelingt Hinderer dennoch die weitere Herausgabe seines Fachblatts „Das Evangelische Deutschland“, der EPD produziert – wie andere Pressekonzerne in dieser Zeit – Soldatenhefte für die Front. Kurz nach dem Kriegsende, am 27. Oktober 1945, erliegt August Hinderer in Kirchheim unter Teck plötzlich einem Gehirnschlag, der zu seinem Tod im Alter von 68 Jahren führt. ts

## Focko Lüpsen



Dr. Focko Lüpsen war von 1933 bis 1941 und dann wieder von 1947 bis 1968 Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd). Niemand hat bisher so lange wie er an der Spitze der protestantischen Nachrichtenagentur gestanden wie er. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er zudem Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe, er hatte zahlreiche Ehrenämter, u. a. in den Verbänden der Zeitschriftenverleger und im Deutschen Presserat, inne.

Lüpsen wurde am 22. Mai 1898 in Burgweg (Kreis Stade) als Sohn eines Pastors geboren. In Stade machte er 1917 Abitur und studierte von 1919 bis 1922 Theologie und Philosophie in Marburg, Berlin und Göttingen. 1922 legte er das erste, 1924 das zweite theologische Examen ab, nachdem er 1923 das Predigerseminar der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Hannover absolviert hatte. In diesem Jahr hatte er Charlotte Kuhlo geheiratet, deren Vater als Pfarrer die evangelische Posaunenchor-Arbeit entscheidend prägte. 1924 promovierte Lüpsen in Marburg über das Thema der Selbstsetzung bei Kant.

Seine journalistische Laufbahn führte ihn nach zwei Redakteursjahren bei den „Flensburger Nachrichten“ 1925 zum Evangelischen Pressedienst (epd), dessen Berliner Dienst er bis 1933 als Redakteur betreute. Im Jahr der Machtübernahme der Nationalsozialisten war

er kurzzeitig Pressebeauftragter des Reichsbischofs Friedrich von Bodelschwingh und wurde noch 1933 Chefredakteur des gesamten epd, der ein Teil des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland (E.P.D. – allerdings in Großbuchstaben) war. Er zeichnete bis zur Einstellung des Evangelischen Pressedienstes 1941 als verantwortlicher Schriftleiter für die epd-Dienste, ab 1940 wurde er allerdings zur Wehrmacht eingezogen und in der Redaktion vertreten.

Nach Kriegsdienst in Deutschland, Frankreich und auf dem Balkan geriet Lüpsen von 1945 bis 1946 in amerikanische Gefangenschaft. Er ließ sich anschließend in Bethel bei Bielefeld nieder, wo er Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe wurde und bei den britischen Militärbehörden mehrere Lizenzen für Publikationen erhielt, unter anderem für die Zeitung „Neue Kirche“ (heute „Unsere Kirche“) und den Evangelischen Pressedienst.

1957 wurde Lüpsen zudem Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland (EPD) und Vorsitzender des Verbandes der Zeitschriftenverleger von Nordrhein-Westfalen (bis 1971). Daneben bekleidete er eine Reihe von berufsständischen Ehrenämtern, unter anderem im Deutschen Presserat, dessen Sprecher er 1962/1963, 1965/1966, 1968/1969 und 1971/1972 war.

1968 schied er 70-jährig aus seinen Funktionen bei epd und EPD aus und trat in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks ein. Er wurde mit dem Großen Bundesverdienstkreuz und der Ehrenmitgliedschaft des Verbandes der deutschen Zeitschriftenverleger ausgezeichnet. Er starb am 31. März 1977 in Bielefeld im Alter von 78 Jahren. ts

epd B, Nr. 36, 4. September 1939:

### Getroste Zuversicht

Deutschland steht im Kampf. Unser Volk hat sich erhoben, um mit den Waffen einzustehen für einen Frieden der Gerechtigkeit. Der Führer hat uns alle zum Einsatz gerufen, und wir alle stehen bereit, wo und wie er uns braucht. An uns ist es jetzt, die Probe zu bestehen, die die Stunde der Bewährung von uns fordert.

In solchen Schicksalszeiten der Völker werden die Menschen gewogen nach ihrem inneren Gehalt. Ein jeder steht jetzt vor der Gewissensfrage, was sein Halt ist im Leben und im Sterben; ein jeder ist jetzt gefragt, woher er die Kraft nimmt, das Ausserordentliche zu tun, das von ihm verlangt wird.

Diese Frage steht auch mit eindringlichem Ernst vor uns Christen. Gewiss, wir stehen in der durch keine Not zerreisbaren Gemeinschaft der Nation wie jeder andere, wir sind untrennbare Glieder unseres Volkes. Aber von uns wird jetzt eine besondere Probe gefordert: wir haben unseren christlichen Glauben zu bewähren. Denn wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert.

Es ist eine besondere Fügung, dass für diesen schicksalsschweren Monat als gemeinsamer Spruch, der die christliche Gemeinde zusammenschließt, das Wort gewählt wurde: „Glaubet ihr nicht, so bleibt ihr nicht!“! Zwei inhaltsschwere Wörter bestimmen den Sinn dieses kurzen Spruches: Glauben und Bleiben. Glauben hat einen gleichen Klang wie Bleiben. An wen ich glaube, bei dem bleibe ich, bei dem fühle ich mich sicher und geborgen. Fällt aber der Glaube hin, so ist der Mensch ein unstetes Rohr im Winde, ohne Halt und Stand. Unser Reformator Martin Luther hat uns in seiner Vorrede zum Römerbrief das, was Glaube ist, am schönsten gedeutet: „Glaube ist eine lebendige, verwegene Zuversicht auf Gottes Gnade, so gewiss, dass er tausendmal darüber stürbe. Und solche Zuversicht und Erkenntnis göttlicher Gnade macht fröhlich, trutzig und lustig gegen Gott und alle Kreaturen“. Luther weiss, dass solch „Glaube ist ein Gotteswerk in uns, das uns wandelt und neu gebietet aus Gott.“ Welches ist aber der Felsengrund dieses Glaubens? „Fragst du, wer er ist? Er heisst Jesus Christ“ – singt Martin Luther, und Ernst Moritz Arndt spricht die gleiche Wahrheit in seinem Lied aus, das in diesen Tagen

oft gesungen wird: „Das ist das Licht der Höhe, das ist mein Jesus Christ, der Fels auf dem ich stehe, der diamanten ist, der nimmermehr kann wanken, mein Heiland und mein Hort, die Leuchte der Gedanken, die leuchtet hier und dort. Jesus Christus gestern und heute und derselbe in Ewigkeit!“.

Das ist unser Glaube. In solchem Glauben sind wir getrost und unverzagt. Solcher Glaube gibt ein festes Herz. Er ist eine feste Burg gegen alle Feinde, eine Schutzwehr, die Gott um uns baut. In solchem Glauben getrösten wir uns in der Verheissung Gottes: „Es sollen wohl Berge weichen und Hügel hinfallen, aber meine Gnade soll nicht vor dir weichen und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen, spricht der Herr dein Erbarmer!“

Das ist nun die besondere Aufgabe, zu der wir in dieser Stunde als Christen gerufen sind, diesen Glauben in unserem persönlichen Leben zu bewähren, und das Licht dieses Glaubens leuchten zu lassen unter denen, die um uns sind. Es soll etwas von der inneren Sicherheit, Gelassenheit und Festigkeit offenbar werden, die der lebendige Christenglaube uns schenkt.

In solchem Dienst stehen wir nicht allein, sondern „eine Wolke von Zeugen“ umgibt uns. Der Führer hat in seiner Rede vor dem Reichstag davon gesprochen, dass von uns nicht grössere Opfer gefordert werden, als unsere Väter in den grossen Zeiten deutscher Geschichte sie jederzeit zu bringen bereit waren. Daran wollen wir denken und nicht die tröstende Erfahrung aus dem Gedächtnis lassen, dass unsere Väter je und je Zuflucht gesucht und gefunden haben bei dem ewigen Gott. „Unverzagt und ohne Grauen soll ein Christ, wo er ist, stets sich lassen schauen“. Diese Stimme klingt in Paul Gerhards Lied zu uns herüber aus den Nöten des dreissigjährigen Krieges, und zu ihr gesellt sich durch die Jahrhunderte hindurch ein unübersehbarer Chor anderer Stimmen, in denen dieselbe Grundmelodie hörbar wird: „Ich weiss, was ewig dauert, ich weiss, was nimmer lässt, auf ewigen Grund gemauert, steht diese Schutzwehr fest. Es sind des Heilands Worte fest und klar, an diesem Felsenorte halt ich unwandelbar“. (Ernst Moritz Arndt)

Wir sind dessen gewiss, dass dieser männliche und tapfere Christenglaube auch bei denen zu finden ist, die als Kämpfer jetzt draussen die

Heimat vor dem Feinde schirmen. Unüberhörbar klingt zu uns herüber die Stimme getroster Glaubenszuversicht aus den Briefen unserer im Weltkrieg gefallenen Helden. Nur eine unter vielen: ‚Was mich gefasst und ruhig in die Zukunft blicken lässt, ist die Überzeugung, dass in allem und jedem Schicksal Gott schafft, und dass auch das kleinste Weltgeschehen dazu bedacht und bestimmt ist, dem Endziel der Menschheit, dem Reich Gottes, zu dienen. Dieser einfache Glaube verleiht Kraft und Weltüberwindung. Dass ich bewusst und selbstlos dieses Ziel allein ins Auge fasse, bringt Sinn in dieses Daseins Wirrnis, und lässt den wahren Sinn des Lebens richtig ermessen. Meine Seele ist unbeschwert: ich sterbe gern, wenn Gott es so mit mir beschlossen hat‘. So schrieb ein deutscher Soldat 1915 vor Ypern. Ist es seitdem anders geworden? Karl Keding, der im vergangenen Jahr als Feldgeistlicher bei der Legion Condor manchem unserer Soldaten hat ins Herz schauen dürfen, erzählt uns in seinem Kriegstagebuch von einer Begegnung mit einem jungen Flieger. Ich kam mit dem Piloten ins Gespräch: ‚Herr Pfarrer, ich habe keine Angst. Ich sage mir bei jedem Start, wenn der Herrgott mich oben braucht, wird er mich von dieser Erde abberufen. Aber wenn er mich weiter hier unten braucht, wird er mich leben lassen.‘ Ich habe dem Mann herzlich die Hand gedrückt, zunächst in der starken Freude, die Gesinnungs- und Glaubensgemeinschaft schenkt. Aber dann habe ich auf dem Fluge und in den Tagen danach immer wieder über diesen Satz nachgedacht. Gibt es einen schöneren Beweis für den Wert des Christenglaubens im Soldatenleben? Hier zeigt sich, dass die christlichen Tugenden Demut und Ergebung in Gottes Willen nicht in fatalistischem Die-Dinge-laufen-lassen ausmünden, sondern in Furchtlosigkeit und Tat.“ Ein Erlebnis aus dem Jahre 1938! Viele andere liessen sich ihm an die Seite stellen. Wie unerhört nahe rückt uns da die Mahnung des Neuen Testaments: „Darum auch wir, weil wir eine solche Wolke von Zeugen um uns haben, lasset uns ablegen die Sünde, so uns immer anklebt und träge macht, und lasset uns laufen durch Geduld in dem Kampf, der uns verordnet ist, und aufsehen auf Jesum den Anfänger und Vollender des Glaubens!“

Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht! Das ist der Ruf Gottes, der in dieser Stunde an unser Ohr dringt. Gott redet heute wieder eine gewaltige Sprache mit uns Menschen. Niemand, der Gott wirklich ernst nimmt, kann seine Stimme überhören. Aufrecht vor der Welt, aber in Demut und Beugung vor Gottes heiligem Willen wollen wir horchen auf seinen Schritt durch die Geschichte der Völker. Wir sind getrost in der Gewissheit, „dass denen die Gott lieben, alle Dinge zum besten dienen“. Wir haben ein festes Herz in der Zuversicht unseres Glaubens: „Wir aber sind nicht von denen, die da weichen und verdammt werden, sondern von denen, die da glauben und die Seele erretten“. Unser Gebet aber sei:

„Ach komm wie zu der Väter Zeit, ein Feuer anzuzünden,  
dass wir im Frieden und im Streit fest auf dein  
Wort uns gründen  
ein frommes Volk, das dir vertraut  
und dir zum Tempel sich erbaut  
zu deines Namens Ehre.“

F. L.

epd B., Nr. 19, 14. Mai 1941:

### Die stärkere Idee

Wir haben durch die Bilder in Zeitschriften und Wochenschaun und durch die Berichte der P.K. Berichter im Rundfunk einen Einblick erhalten in die gewaltigen Aufgaben, die es für unsere Truppen in Jugoslawien und Griechenland zu überwinden galt. In diese von tiefen, kaum zugänglichen Schluchten zerrissene, von Wildwassern und reißenden Strömen durchrauschte gigantische Bergwelt, in der von Wegen und Straßen, wie wir sie aus unseren deutschen Gebirgen her kennen, keine Rede sein kann, schien schnelles Vordringen eines mit modernen Waffen ausgestatteten Heeres unmöglich. Wie Festungsbastionen erhoben sich die Berge vor unseren Truppen. Aber das unmögliche Erscheinende geschah! Nicht nur diese gleichsam zur Verteidigung geschaffene Natur mit ihren gewaltigen Hindernissen wurde

in schnellem Tempo überwunden, sondern auch der erbitterte Widerstand der Bergvölker, die England ins Verderben geführt! Englands Rolle in Europa ist nun endgültig ausgespielt, Jugoslawien und Griechenland sind die letzte furchtbare Warnung gewesen für alle Völker, englischen Schutzversprechungen zu trauen. Wir erlebten zum dritten Mal seit Andalsnes und Dünkirchen, wie der englische Soldat, wo er mit dem deutschen zusammentrifft, in überraschender Eile das Feld räumt. Das Geheimnis der deutschen Erfolge liegt in der stärkeren geistigen Idee, für die der deutsche Soldat marschiert. Der deutsche Soldat ist der Bannerträger einer neuen Zeit, die heraufsteigt und nicht aufzuhalten ist. Die alte Ordnung ist brüchig geworden und stürzt, sie wird durch eine neue, bessere abgelöst. Der englische Soldat fühlt instinktiv seine Unterlegenheit gegen diese neue werdende Welt, das macht seine Haltung unsicher. Die derzeitigen englischen Machthaber aber haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Sie klammern sich an das Alte, Vergangene und suchen zu halten, was stürzen muß.

**epd B., Nr. 12, 26. März 1941:**

### Im Zeitgeschehen

England hat den Krieg, den es gewollt hat. Nur, es ist alles anders gekommen, als es sich das einst vorstellte, als es uns diesen Krieg aufzwang, den der Führer in der tiefen Einsicht des alten Frontsoldaten in die Furchtbarkeit eines modernen Krieges bis zur letzten Stunde zu verhüten sich bemühte.

England wollte den Frieden und die Verständigung nicht, es wollte den Krieg und die Vernichtung Deutschlands! Aber es dachte, diesen Krieg ohne große Opfer an Gut und eigenem Blut zu gewinnen. Es hatte seine Wunde genossen, die es für sich vorschicken konnte.

Alles kehrte sich gegen England, selbst die Blockadewaffe, auf die es wie im Weltkrieg als sicherstes Mittel gehofft, wandte sich gegen England. Der Mangel und die Entbehrung, mit denen es den Gegner zermürben und niederzwingen wollte, klopfen jetzt drohend an Englands Türen!

Das stolze, weltbeherrschende Britannien ist aber nicht nur militärisch schwer geschlagen und blockiert, es erlitt auch auf diplomatischem Gebiet Niederlage auf Niederlage.

**epd B., Nr. 46, 13. November 1940:**

### In allem treu

Das Ringen, das uns von England aufgezwungen wurde, erfordert die ganze leibliche und seelische Kraft der Nation. Der Soldat, der an den Küsten auf Wacht steht; der Pilot, der in nie erlahmendem Einsatz gegen England fliegt; die Frauen und Mädchen, die in den Fabriken dienstverpflichtet stehen, und alle diejenigen, die in der Heimat die Arbeit auch für die draußen Kämpfenden mittun, stehen an einem großen Werk, an der Neugestaltung Europas, das nun doch einmal von aller englischen Bevormundung frei leben soll. Kann es für uns als deutsche Menschen unter der genialen Wegweisung des Führers ein schöneres und höheres Ziel geben, damit nicht nur unser Volk, sondern mit ihm alle anderen europäischen Völker, die Großen und die Kleinen, in einem wirklichen und ehrlichen Frieden leben können? Wahrlich, dies Ziel lohnt schon den Einsatz von Front und Heimat. Der totale Krieg erfordert nicht nur den letzten Einsatz des Kämpfers, den Einsatz des Lebens; er erfordert gerade auch die Herzkraft aller deutschen Menschen, ganz gleich, wo sie stehen. Die Freiheitskriege waren nicht nur ein Aufbruch völkischer Kraft, sondern sie zeigten auch einen Aufbruch des Glaubens an den „alten Gott und treuen Gott“, von dem Ernst Moritz Arndt gesungen hat: „Wenn es galt, die Waffen gegen einen Feind zu erheben, dann beugte sich noch immer das deutsche Volk unter den Herrn der Geschichte und wurde unter ihm stille im Einkehrhalten.“

Martin Luther hat einmal gesagt, als man ihn auf die Gefahren aufmerksam machte, in denen er stand: „Wer am meisten glaubt, wird auch am meisten geschützt“. Dieser Glaube erweist sich auch als „Stehfest des Herzens“, wenn es zu warten gilt auf die Stunde der Entscheidung. Aus dem Glauben heraus, der sich in allem an Gott gebunden weiß und der in jedem Augenblick aus Gottes Hand zu leben bereit ist, wächst die Kraft zu Bewährung. Wer mit seinem Herzen in Gott gegründet ist, ist in allem treu; der erfüllt die kleine alltägliche Pflicht mit der gleichen Treue und Selbstverständlichkeit, als wenn von seinem Tun und der Art seines Handelns das Schicksal der ganzen Nation abhinge. Wer glaubt mit der Kraft, die ihm Gott gegeben hat, der geht durch jeden einzelnen Tag wie ein Ritter mitten durch Tod und Teufel. Der hat seine Augen aufwärts gerichtet zum Herrn; denn er weiß: Mit Gott! Das ist der Sieg.

Herausgeber: Prof. D. A. Hinderer  
 Verantwortliche Schriftleitung:  
 Dr. Fodko Lüpken (z. Zt. im Wehrdienst)  
 i. V. Dr. K. Böhme

## Evangelischer Pressedienst

Korrespondenz des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland

Ausgabe B: für kirchliche Blätter  
 Postcheckkonto: Berlin 6477  
 Berlin-Steglitz, Beymestr. 8

Nachdruck nur auf Grund besonderer Vereinbarung — Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg  
 Die Herstellung erfolgt im Evang. Presseverband für Deutschland

Nr. 33 A.

7. August 1940.

Wir klagen an

=====

### Englands Kampf gegen Wehrlose

+/+ Wie oft hatte der Führer unseren Gegnern angeboten, den Bombenkrieg auf Grund gegenseitiger Verträge abzuschaffen. Immer wieder wurde sein Angebot abgelehnt. Er wusste schon, warum er sein Angebot machte. Schwäche war dafür jedenfalls nicht der Grund. Er kannte den Krieg.

Wenn wir gedacht hatten, dass unsere Gegner wenigstens die ungeschriebenen Gesetze menschlicher Gesellschaft achten würden, dann wurden wir bald enttäuscht. England führt Kampf gegen Wehrlose. Englische Flieger werfen in Hannover Bomben auf Frauen und Kinder. Die Engländer, die immer ihre Christlichkeit vorschützen, haben die Maske fallen gelassen. Sie reden von Humanität und werfen Bomben auf wehrlose Frauen und Kinder.

Wir aber klagen an vor Menschen und vor Gott.

=====

Zeit der Ernte

=====

+/+ Ueber die Dorfstrassen schwanken die hoch mit Korn beladenen Erntewagen von den Feldern herein. In den Öfen summen die Dreschmaschinen. Die Ernte, die uns das tägliche Brot in den kommenden Monaten schenken soll, ist in vollem Gange.

England sieht die erhobene Sense des deutschen Schnitters über sich. Der Tag der Entscheidung rückt näher. Der deutsche Luftangriff auf Dover hat die Gewalt des Kommenden England gezeigt, aber England verharret in seiner Verblendung. Das englische Volk wird die Rechnung seiner Verführer zu bezahlen haben.

Wir aber warten, in Ruhe und Vertrauen, und wir bewundern von neuem die unerschütterliche Langmut, mit der der Führer den feigen jüngsten Ueberfällen englischer Flieger auf Frauen und Kinder in Hannover zusieht. Dieselbe Langmut, die er bewiesen hat im Oktober 1938, als die Not der Sudetendeutschen immer grösser wurde, und im August 1939, als die Polen die Volksdeutschen in den Tod hetzten. Wir wissen, genau so wie damals und wie am 9. April und 10. Mai 1940 wird sich mit unwiderstehlicher Wucht vollziehen, was bis ins Letzte und Kleinste vorbereitet wurde. Wir wissen, dass die Stille kein Ausruhen bedeutet, dass sie von unaufhörlicher Arbeit für die letzte Entscheidung erfüllt ist.

=====

**MILITARY GOVERNMENT-GERMANY**

MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND

**INFORMATION CONTROL - NACHRICHTENKONTROLLE****L I C E N S E****ZULASSUNG NR.**

134

*1. Subject to the conditions set forth in Paragraph 2, the following-named person*

1. Gemäß den im Paragraph 2 festgesetzten Bedingungen, ist die folgende Person

DR. FOCKO L Ü P S E N

*hereinafter referred to as "licensee" is authorized to engage in the following activities:*

welche im Nachfolgenden als „Zulassungsinhaber“ bezeichnet wird, autorisiert, folgende Tätigkeit auszuführen:

OPERATION OF A NEWS AGENCY:-

AUSBÜBUNG EINES NACHRICHTENDIENSTES:-

" EVANGELISCHER PRESSEDIENST "

*2. This license is granted subject to the following conditions:*

2. Diese Zulassung ist erteilt unter folgenden Bedingungen:

*a) That all laws, ordinances, regulations and instructions of Military Government are complied with.*

a) Daß alle Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Anweisungen der Militärregierung befolgt werden.

*b) That this license be prominently displayed on the premises of the licensee at all times.*

b) Daß diese Zulassung im Betrieb des Zulassungsinhabers jederzeit öffentlich angeschlagen ist.

*c) That all newspapers, books, periodicals, pamphlets, posters, printed music or other publications, sound recordings or motion picture films published or produced under this license shall bear in such manner as may be prescribed the legend: Published (or produced) under Military Government Information Control License No. 134*

c) Daß sämtliche Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Musikalien oder irgendwelche andere Veröffentlichungen, ebenso Schallplatten und sonstige Tonaufnahmen und Filme, die gemäß dieser Zulassung hergestellt oder veröffentlicht werden, folgende Aufschrift in vorgeschriebener Weise tragen: „Veröffentlicht (oder hergestellt) unter der Zulassung Nr. 134 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung“.

*d) That no person, not reported on the application for this license as having a financial interest in the business enterprise conducted under this license, shall be given nor shall receive any part of the profits of the business enterprise, nor shall any interest in the business enterprise be held for any such person, except with the express written permission of Military Government.*

d) Daß keine Person, die nicht in diesem Gesuch als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist, irgendeinen Anteil an dem Nutzen aus dem Geschäftsunternehmen erhält; ferner, daß kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Militärregierung zurückbehalten wird.

*e) Other conditions:*

e) sonstige Bedingungen:

AS LAID DOWN IN INFORMATION SERVICES CONTROL GENERAL AND SPECIFIC LICENSING INSTRUCTIONS TO NEWSPAPER LICENSEES AND ANY FURTHER INSTRUCTIONS WHICH MAY BE ISSUED FROM TIME TO TIME.

GEMÄSS DEN ALLGEMEINEN UND BESONDEREN ANWEISUNGEN DER NACHRICHTENKONTROLLE AN VERLEGER, DIE EINE ZEITUNGSZULASSUNG INNEHABEN UND SÖFFLIGEN ANWEISUNGEN, DIE IN ZUKUNFT VERÖFFENTLICHT WERDEN MÖGEN.

*3. This license is not granted for a stated term, is not a property right, is not transferable and is subject to revocation without notice or hearing.*

3. Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden.



## „Schatten der Geschichte“

### Interview mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Manfred Kock

**epd** Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, hat in einem Interview begrüßt, dass der Evangelische Pressedienst die Öffentlichkeit über die Recherche-Ergebnisse zur Vergangenheit des epd in der NS-Zeit informiert. Die Fragen an den rheinischen Präses stellte Thomas Schiller.

*epd: Der epd muss die Darstellung seiner eigenen Geschichte revidieren. Die protestantische Agentur wurde nicht 1937 von den Nationalsozialisten verboten, sondern arbeitete bis 1941 weiter und lieferte vor allem der Kirchenpresse Texte im Duktus der NS-Propaganda. Wie beurteilen Sie das?*

Kock: Die Einsicht, dass der epd seine eigene Geschichte über Jahrzehnte hinweg auf Kosten der Wahrheit geschönt hat, schmerzt. Was jetzt zutage getreten ist, wirkt umso beklemmender, weil diese Geschichtsfälschung ja nicht dem Verschweigen eines Einzelnen zuzuschreiben ist. Es hat wohl auch in diesem Fall eine Reihe von Mitwissern gegeben, die zu solcher Legendenbildung beigetragen haben. Das wissen wir aus anderen mit dieser Epoche zusammenhängenden Fällen ja schon länger.

*Wie konnte es kommen, dass damals wichtige Institutionen des Protestantismus so kritiklos auf die NS-Linie eingeschwenkt sind?*

Viele in der evangelischen Kirche haben das Hitlerregime gestützt oder sich auch einfach angepasst. Nur

wenige haben wirklich Widerstand geleistet. Manche wollten nach außen unauffällig erscheinen, um unter dem Schutz vorgeblich normalen, ja vorbildlichen Verhaltens im Hintergrund gegen das Regime operieren zu können. Daran konnte man nach 1945 anknüpfen und behaupten, nationalsozialistische Gesinnung sei nur „äußerlich“ gewesen und damit rückstandslos abwaschbar. Ich bin froh, dass der epd jetzt offen mit dem Schatten seiner Geschichte umgeht.

*Warum ist die Aufarbeitung der Geschichte der Evangelischen Kirche in der NS-Zeit bis heute lückenhaft?*

Lücken wird es leider auch weiterhin geben, aber die EKD bemüht sich, sie zu schließen. So kümmert sich die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte intensiv um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Ihre bisherigen Arbeitsergebnisse liegen gut dokumentiert vor. Auch die jüngsten kirchlichen Bemühungen, Verwicklungen von Gemeinden und Diakonieveranstaltungen in das nationalsozialistische Zwangsarbeitersystem aufzudecken, fördern Wichtiges zu Tage. Mit vielem hätte man gewiss früher beginnen müssen. Bei den Verzögerungen spielten Schuld und Scham eine Rolle, aber auch eigennütziges Verdrängen und pragmatisches Verschweigen unbequemer Wahrheiten. An dieser menschlichen Schwäche hat auch die Kirche Anteil. Sie muss sich am anvertrauten Wort der Heiligen Schrift messen lassen. Die Entdeckung der Unwahrheit in der Geschichte des epd bietet Gelegenheit zu kritischem Rückblick und offenem Umgang mit der Vergangenheit. Es hat nach 1945 lange gedauert, bis die evangelische Kirche ihre Rolle in der freiheitlichen Demokratie gefunden hat. Dabei haben ihr die Einsichten in ihre früheren Fehler und Irrtümer aber letztlich mehr geholfen als geschadet. ■